Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. September 1930

u senpolitik des Hakenkreuzes.

Was sie täten, wenn sie am Ruder wären.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Das muss ein erleuchteter Kopf sein. Versteht ihr? Ein feiner, politischer Kopf.

Schiller, Räuber.

"Die deutschen Wahlen", schreibt der "Figaro" über den 14.September, "haben nur einen Sinn: die Revanche, das heisst den Krieg". Das ist in allerdings pessimistischer Zuspitzung der Eindruck, den die öffentliche Meinung aller Länder von dem Aufstieg der Hitler-Partei hat: dass die Verständigungspolitik, die eine friedliche Entwicklung des Erdteils verbürgen sollte, ernstlich bedroht ist. Überall Sorge, überall Unruhe, überall Kopfschütteln. Aber obwohl die Welt wirklich mit allem, ja, mit allem eher rechnen darf, als dass in der auswärtigen Politik Deutschlands über kurz oder lang der Kurs Hitlers gesteuert wird, und obwohl die sechs Millionen nationalsozialistischer Wähler keineswegs alle bewusste Revanchards sind, ist eine Antwort auf die Frage: Wie sieht die Aussenpolitik des Hakenkreuzes aus? sehr aufschlussreich, zumal wenn sie aus berufenem Munde kommt. Also her mit "Der Zukunftsweg einer deutschen Aussenpolitik" von Alfred Rosenberg! Der Name klingt verdächtig, aber der Mann ist echt: aus dem engsten Stabe Hitlers, Leitartikler des "Völkischen Beobachter", seit letzten Sonntag M.d.R., gehört er sozusagen zu den nationalsozialistischen "Weisen von Zion". Bei ihm wird man erfahren, wo Barthel den Most holt.

Selbstverständlich ist in seinem geschichtlichen Teil das Opus ein Märchenbuch. Die Ermordung Franz Ferdinands durch die Freimaurer, die Erdolchung der deutschen Front durch die Sozialdemokratie, die deutschfeindliche Politik Stresemanns, die Weltherrschaft des jüdischen Finanzkapitals - wie anatomische Präparate von Ideenmissgeburten reiht sich das in Rosenbergs Darstellung auf. Aber dann stösst man - hurra! - auf eine Idee, auf die Idee, auf die Leitidee der "völkischen" Aussenpolitik: ihr Ziel muss sein "Raum und Boden für ein deutsches Geschlecht von hundert Millionen", Siedlungsland für deutsche Bauern. Aber die Politik einer angeblich revolutionären und sozialistischen Partei wie der Hitlers denkt nicht etwa daran, dieses Siedlungsland durch Zerschlagung des ostelbischen Grossgrundbesitzes zu gewinnen - weit gefehlt! Das Mittel heisst vielmehr "Ausweitung" des deutschen "Lebensraumes" nach Osten, deutlicher: Krieg gegen Polen, Tschechen usw. zum Zweck der Ausrottung oder Verdrängung dieser Völker. Um Ackerland zu bekommen, also für ein Ziel, dessentwegen sich primitive, rein agrarische Stämme auf der Stufe der Naturalwirtschaft schlugen, soll sich das deutsche Volk in den Maschinen- und Giftgaskrieg des zwanzigsten Jahrhunderts stürzen!

Aber greift Herr Rosenberg nun etwa kühn zu Schwert und Brünne, um forsch ein Jung-Siegfried mit allerdings jüdischem Namen, gen Ostland zu reiten? Mit nichten! Er beginnt mit einemmal "realpolitisch" zu denken, als gehöre er

einem Volk nicht von "Helden", sondern von "Händlern" an. Der Erb-, Ur- und Erzfeind ist für ihn Frankreich, ein teuflisches Gebilde, das nicht weniger im Schilde führt als die "Afrikanisierung" Europas mit Hilfe der schwarzen Rasse. Aber da Frankreich von Waffen starrt, ist das entwaffnete Deutschland allein zu einem Kriege gegen diesen "Mulattenstaat" unfähig. "Es muss also" - ei, ei! - "durch eine kluge Aussenpolitik ersetzen, was ihm an äusserer Kraft mangelt. Dies ist aber nur dann möglich, wenn es sich mit Mächten auch" - hört, hört! - "unter gewissen Opfern, verbündet, die an einer Vorherrschaft, ja, überhaupt an einer Herrschaft Frankreichs kein Interesse haben". Also schmiert sich Rosenberg mit treudeutschem Augenaufschlag und würdelos an Mächte des "Feindbundes" an.

Zunächst an Italien. Zwar waren die "Katzelmacher" 1915 und später für Hitler und seine Gesinnungsgenossen das Verächtlichste vom Verächtlichen, aber durch den Faschismus haben sie sich herausgepaukt. So liegt Rosenberg Mussolini flehentlich im Ohr, er möge doch um Himmelswillen einsehen, dass ein Zusammengehen zwischen Faschismus und Nationalsozialismus dem Interesse beider entspreche. Im Bunde mit Deutschland, das Südslawien niederhalten werde, könne Italien Machtpolitik gegen Frankreich treiben, Nordafrika und Korsika erobern und so weiter. Die 230 000 Deutschen in Südtirol, die der Faschismus schnöde entnationalisiert? Kleinigkeit, die gehören eben zu den "gewissen Opfern", die man bringen muss! Darum schäumt Rosenberg vor Zorn nicht etwa gegen den Faschismus, der die Südtiroler vergewaltigt, sondern gegen die deutsche Demokratie, die sich der Südtiroler gegen die faschistische Vergewaltigung annimmt.

Aber da Italien es nicht mit England verderben kann, biedert Rosenberg sich auch an diese "Krämernation" an. Gott segne England als den geborenen Bundesgenossen eines "völkischen" Deutschland! Vielmehr: da Rosenberg gehört hat, dass die britische Politik immer eines Degens auf dem Festland bedürfe, bietet er freibleibend das deutsche Schwert an. Verteilung der Rollen: Deutschland spielt den Landsknecht Englands gegen Moskau und hilft das britische Imperium gegen die Emanzipationsbestrebungen der unterdrückten Völker sichern, dafür wirft England Frankreich nieder, wenn es in den deutschen Eroberungskrieg gegen Polen eingreifen will, und alles ist in Butter.

Ist das alles? Ja, das ist alles! So simpel spiegeln sich in diesem ausgeruhten Kopf die Probleme der Aussenpolitik.

Aber ein paar Haken sind doch dabei. Herr Rosenberg selber weiss, dass der Faschismus nicht antisemitisch ist und unter seinen Führern und Förderern Juden zählt, und sieht auch in der englischen Politik aller Parteien mächtige jüdische Einflüsse. Soll nun das Bündnis des "völkischen" Deutschland mit den beiden Staaten aufgeschoben werden, bis - es könnte etwas lange dauern! - der Faschismus sich dem Antisemitismus zuneigt, und in England eine judenfeindliche Revolution gesiegt hat? Oder zieht Herr Hitler italienische jüdische Generale und britische jüdische Diplomaten bewegt an seine Germanenbrust? Und wähnt Herr Rosenberg, dass das waffenstarrende Frankreich gemütlich abwarten wird, bis das "völkische" Deutschland zum Krieg gegen Polen fertig gerüstet hat? Und glaubt überhaupt ein Denkender, dass Italien und England Hilfe leisten, damit Deutschland einen wilden Eroberungskrieg gegen Osten führen kann und, wie es das nationalsozialistische Wehrprogramm heischt, seine "Vorherrschaft in Europa" aufrichtet ?

Doch zu diskutieren, lohnt nicht. In dem Buch wie in der ganzen sogenannten Aussenpolitik der "Partei der Rettung" steckt nicht die Spur einer Idee, es ist nur verantwortungsloses Stammtischgeschwätz. Und das enthüllt, neben den sozialen, ökonomischen und politischen Motiven, die psychologischen Gründe für den nationalsozialistischen Erfolg: alle Denkträgen und geistig Minderbemittelten, alle Wichtigtuer, Phrasenmacher, Maulhelden, Bierbankstrategen, Sprüchklopper - sie finden in der Bewegung Hitlers ihre politische Bestätigung. Der Nationalsozialismus ist der wildgewordene Stammtisch, der in die Politik tritt. Was nicht bedeutet, dass ein wildgewordener Stammtisch nicht gemeingefährlich werden könnte, wenn man ihn an die Macht lässt. Aber das tut man nicht.

Hermann Wendel.

SPD. Genf, 19.September (Eig.Drahtb.)

In der politischen Kommission legte Reichstagsabgeordneter Koch-Weser am Freitag den deutschen Standpunkt in der Minderheitenfrage dar.

Jetzt handele es sich nur darum, - so führte Koch-Weser aus - ob der Völkerbund alles getan habe, um den Minderheitenbeschwerden gerecht zu werden. Es seien schon praktische Teilergebnisse erzielt worden. Nach dem Jahresbericht könnte es scheinen, als ob das Minderheitenproblem nur eine untergeordnete Rolle spielt. Nur eine Beschwerde sei berührt worden, das Problem müsse aber eine seiner Tragweite entsprechende Beachtung im Jahresbericht finden. Auch die auf Grund der Mitgliederbeschlüsse verfertigte Statistik habe keine Erwähnung gefunden, ebenso wenig die Tätigkeit der Dreierkomitees. Die Anwendung des in Madrid beschlossenen Beschwerdeverfahrens müsse noch wesentlich verbessert werden. Von 750 veröffentlichten Petitionen seien 26 als unannehmbar bezeichnet worden. Man begehe einen grossen Fehler, wenn man Minderheitenbeschwerden als verhältnismässig belanglose Sachen ansehen wollte.

Die Ausschüsse müssten ihre Sitzungen nicht nur während der drei jährlichen Ratstagungen, sondern auch zwischendurch abhalten. Von dieser Ermächtigung durch die Mitgliederbeschlüsse sei bisher kein Gebrauch gemacht worden. Dabei könnte die Dreier-Kommission um zwei Mitglieder ergänzt werden. Die Arbeiten müssten veröffentlicht werden. Bisher sei das nur in 5 von 29 abgeschlossenen Fällen geschehen. Das gleiche gelte von den Informationsbriefen der Komitees an die Ratsmitglieder. Die Minderheitenfrage sei ein allgemein europäisches Problem. Man müsse den Minderheiten den Schutz ihrer Menschenrechte auf Wahrung ihres Volkstums, ihrer Muttersprache, ihrer Kultur, ihrer Religion im Rahmen des Staates, in dem sie leben, nicht nur rechtlich verbriefen, sondern auch praktisch verwirklichen, wobei eine Synthese gefunden werden müsse zwischen den berechtigten Interessen des Staates und den Belangen der Minderheiten.

Abg. Koch schloss: "Niemand denkt daran, die vollberechtigten Interessen des Staates zu übersehen. Ich glaube nicht an eine Gefahr des Minderheitenproblems für die innere Festigung eines Staates. Die Befriedung und Annäherung Europas geht nicht nur über die gefallenen Zollgrenzen, sondern sie geht in erster Linie über befriedigte Minderheiten. Der Völkerbund, der als wichtiger Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens weitgehend schon mehrfach für eine grosse friedensfördernde Idee eingetreten ist, wird auch hier die Zeichen der Zeit erkennen und darüber wachen müssen, dass ihm die Zügel der fortschreitenden Entwicklung nicht entgleiten."

SPD. In den Reihen der gemässigten bürgerlichen Rechten sind Bestrebungen zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft im Gange. Man hofft zunächst eine Fraktion von etwas über 40 Abgeordneten zustandezubringen, der in erster Linie die von den Deutschnationalen abgesonderten Splittergruppen angehören sollen. Darüber hinaus gehen die Bemühungen dahin, auch die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei in die Arbeitsgemeinschaft einzubeziehen. Gelingt der Plan, dann würde die neue Arbeitsgemeinschaft rund 90 Abgeordnete umfassen und damit zur drittstärksten Fraktion des Reichstags werden.

SPD. Frankfurt/M., 19.Sept. (Eig.Dr.)

Die hessischen Nationalsozialisten hatten kurz vor der Wahl ein Flugblatt mit der Überschrift: "Die Wahrheit über Münchmeyer" und der Unterschrift des Präsidenten des Hessischen Landeskirchenamtes Dr. Diehl verbreitet. Das Landeskirchenamt stellt demgegenüber jetzt fest, dass es mit der Abfassung und Tendenz des Flugblattes nichts zu tun habe. Mehr hört man zunächst nicht.

Vor allem nichts darüber, ob die hesissche Landeskirchenbehörde nunmehr gegen die nationalsozialistischen Lügner gerichtlich vorgehen und den Namensmissbrauch ahnden lassen wird. Es ist überhaupt merkwürdig, dass die hessische Landeskirchenbehörde erst jetzt, vier Tage nach der Wahl, es für notwendig erachtet hat, gegenüber den Nationalsozialisten mit einem Dementi vor die Öffentlichkeit zu treten.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Berliner kommunistische "Welt am Abend" deren phantastische Meldung über den angeblich geplanten neuen katholischen Dombau in Berlin schon gebührend gekennzeichnet worden ist, bringt neue "Enthüllungen", in denen sie behauptet, dass eine Berliner Baufirma die Pläne für die Umgestaltung des ganzen Geländes am Platze der Republik und die Abtragung der Kroll-Oper, natürlich zum Zwecke der Vorbereitung des katholischen Dombaues, im Einverständnis mit dem Preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und mit Bischof Dr. Schreiber vorbereite. Es sei angesichts dieser Behauptungen nochmals eindeutig festgestellt, dass keinerlei Verhandlungen der Preussischen Staatsregierung mit dem Bischof Dr. Schreiber oder irgendeiner anderen katholischen Stelle stattgefunden haben, dass nirgends in amtlichen Kreisen von einem solchen Dombau das mindeste bekannt ist und dass insbesondere der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun niemals auch nur mit einem Worte derartige Verhandlungen geführt oder gar an Plänen mitgewirkt oder auch nur von ihnen Kenntnis erhalten hat, die sich mit den von der "Welt am Abend" "enthüllten Projekten" befassen. Es muss klar und eindeutig gesagt werden, dass es sich hier um hartnäckige und demagogische Lügen handelt.

\+ + +

Die betreffende Veröffentlichung des kommunistischen Blattes enthält u.a. noch folgenden Passus :

"Wie wir des weiteren zuverlässig erfahren, ist vom sozialdemokratischen Parteivorstand durch den Funkdienst der SPD.-Zeitungen an alle sozialdemokratischen Redakteure der Provinz die Weisung ergangen, vorläufig den schmählichen Handel um den katholischen Dom am Platz der Republik in Berlin totzuschweigen."

Dreister kann kaum geschwindelt werden. Die Behauptung des kommunistischen Blattes ist frei erfunden!

SPD. Paris, 19.September (Eig.Drahtb.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth versichert in einem Interview mit dem Berichterstatter der "Information Financière", dass an eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht gedacht werden könne. Die Reichsregierung, fuhr Wirth fort, werde in der nächsten Woche die nötigen Entscheidungen über die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme treffen. Von diesen Entscheidungen werde die Richtung der künftigen Politik im neuen Reichstag abhängen.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob Brüning entschlossen sei, mit der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen einzutreten, antwortete Wirth - wie der Berichterstatter bemerkt - mit einem Lächeln und einer ausweichenden Handbewegung.

SPD. Frankfurt/M., 19.Sept. (Eig.Dr.)

Der Direktor der vor wenigen Jahren gegründeten Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. Paul Müller wurde unter dem Verdacht der Unterschlagung von mehreren Millionen Mark verhaftet. Müller machte u.a. Geschäfte mit einem katholischen Schwesternorden in der Pfalz.

SPD. Paris, 19.September (Eig.Drahtb.)

Die französische Aussenhandelsbilanz im Monat August weist wiederum eine gewaltige Steigerung des Defizits auf. Bei einem Export von 3,1 Milliarden und einem Import von 4,2 Milliarden beträgt das Defizit rund eine Milliarde Franken. Das ist die höchste Unterbilanz, die seit den Zeiten der Stabilisierungskrise im Januar 1929 zu verzeichnen ist. Für die ersten acht Monate des laufenden Jahres ist damit das Gesamtdefizit auf 5,7 (6,7)Milliarden gestiegen, und zwar bei rund 35 (39) Milliarden Einfuhr und 29,3 (32,8) Milliarden Ausfuhr.

SPD. Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag einen Antrag auf Auflösung dieses Parlaments eingebracht. Aussicht auf Annahme hat der Antrag nicht.

SPD. Paris, 19.September (Eig.Drahtb.)

Die Diskussion über das "Chaos in Deutschland" hat durch "Enthüllungen gewisser deutscher Blätter" über die Putschpläne der Hitler-Garden einen neuen Anstoss erhalten. Was die Pariser Presse dabei vor allem beunruhigt, ist das Schweigen, in das sich der Reichskanzler Brüning hüllt.

So findet es der "Temps" höchst befremdlich, dass man heute, 5 Tage nach der Wahl noch nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür habe, wie man morgen in Berlin regieren wolle. Brüning könne doch nicht hoffen, dass die Parteien rechts und links von seiner stark zusammengeschmolzenen Minderheit nur den frommen Wunsch hätten, ihn am Leben zu erhalten, obwohl er noch nicht einmal Garantien hinsichtlich derjenigen Punkte seines Programms geben wolle, die im Wahlkampf am meisten angegriffen worden seien. Die recht dunklen Verhandlungen und Intrigen, die auf ein mehr oder minder offenes Zusammengehen zwischen Brüning, Hugenberg und Hitler hinarbeiteten, seien ausserordentlich bedrohlich. Solange die faschistische Gefahr nicht endgültig gebannt sei, fährt der "Temps" fort, könne Deutschland nicht darauf rechnen, im Ausland das erschütterte Vertrauen in seinen Friedenswillen wieder herzustellen. In einem Geiste grosser internationaler Solidarität habe man Deutschland alle Ermutigungen und Konzessionen gegeben, die möglich gewesen seien. Jetzt aber dürfe Deutschland nicht von neuem die Hoffnungen auf seinen vernünftigen Sinn und seinen guten Willen enttäuschen. Hier liege die grosse Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Denn es scheine den republikanischen Parteien nur sehr schwer gelingen zu wollen, sich einen Weg zwischen Diktatur und Chaos zu bahnen.

\+ + +

Die "Enthüllungen gewisser Blätter", von denen in der obigen Meldung gesprochen wird, beziehen sich auf Meldungen einiger Berliner Zeitungen über Putschabsichten der Nationalsozialisten. Inwieweit diese Meldungen den Tatsachen entsprechen, wissen wir nicht. Aber bekannt ist uns, dass die preussische Polizei auf der Hut ist und mit aller Energie eingreifen wird, sobald sich auch nur der geringste Verdacht über Putschpläne, von welcher Seite sie auch kommen mögen, als berechtigt erweisen sollte.

SPD. Köln, 19.September (Eig.Drahtb.)

Am Freitag-Mittag wurde in Köln die Herbstmesse eröffnet. In seiner Eröffnungsrede führte Oberbürgermeister Dr. Adenauer zunächst aus, dass man auch in Zeiten starker Gedrücktheit nicht einfach den Kopf hängen lassen und auch in Zeiten schlechter Wirtschaftslage die Messeveranstaltungen beibehalten

solle. Adenauer äusserte sich dann über die Rationalisierung und machte dazu folgende Ausführungen :

Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch mechanische habe nur dann einen inneren Zweck, wenn damit gleichzeitig eine Verbesserung und Verbilligung der Erzeugung verbunden sei, sonst sei die Rationalisierung sinnlos. Tausend Leute kaltstellen und dafür eine Maschine laufen lassen, ohne dass das Erzeugnis einen Pfennig billiger werde, sei lächerlich, sei sogar Nichtrationalisierung. Das sei ein Irrweg, weil letzten Endes die Volkswirtschaft dadurch leide. Rationalisierung sei nur dann berechtigt, wenn das Produkt billiger werde, weil man hoffen könne, dass dadurch der Absatz steigt und Arbeitskräfte durch die Erhöhung der Produktion und Vermehrung des Absatzes wieder Beschäftigung finden. In diesem Sinne müsse man weiter rationalisieren.

Die Messe ist diesmal schwächer beschickt als früher, und zwar besonders die Textilmesse. Die gesamte hochwertige Konfektion für Damenkleidung fehlt vollständig. Am Freitag war die Messe verhältnismässig schwach besucht. Man führt dies darauf zurück, dass die Eröffnung nicht an einem Sonntag erfolgte und jüdische Feiertage bevorstehen. Immerhin wurden von der Abteilung Textilmesse und Haus- und Wohnbedarf von auswärtigen Einkäufern auch am Freitag schon Geschäfte abgeschlossen.

SPD. Paris, 19.September (Eig.Drahtb.)

Wie dem "Paris Midi" aus Madrid gemeldet wird, ist in Spanien die Pressezensur nach siebenjährigem Bestehen aufgehoben worden.

SPD. Schwerin (Warthe), 19.Sept.(Eig.Dr.

Die Meldung, dass sich der hiesige Studiendirektor Rack aus Enttäuschung über das Wahlergebnis das Leben genommen hat, trifft in dieser Form nicht zu. Rack hat sich erschossen unter dem Druck der Hetze, die von nationalsozialistischer Seite wochenlang vor den Wahlen gegen ihn betrieben wurde. Am Freitag wurde die Leiche des Studiendirektors nach Berlin überführt, weil er in Schwerin nicht seine letzte Ruhe finden wollte.

Der nächste Vorgesetzte Racks, Oberschulrat Dr. Schaper, teilt über den tragischen Vorfall folgendes mit: "Der S.A.-Führer der Nazis hatte es verstanden, sich an einen elternlosen Primaner heranzumachen, der im Hause von Direktor Rack jahrelang Wohltat über Wohltat empfangen hatte. Dieser wurde von den Nationalsozialisten nach Berlin eingeladen, dort wurde er ausgiebig freigehalten, bis er gesprächig wurde und in seiner jugendlichen Unbefangenheit wohl Dinge zugab, die von der Wahrheit weit entfernt waren. Es handelte sich um eine angebliche Kneiperei des Direktors mit seinen Schülern und ähnliche Kleinigkeiten, die von den Nazis in der übelsten Weise verdreht und so zusammengestellt wurden, dass hinter ursprünglichen Harmlosigkeiten die schlimmsten Verbrechen vermutet werden konnten, und die als "Offener Brief" auf den Strassen und in der Schule verbreitet wurden. Ohne Wissen Racks verwahrte sich das Lehrerkollegium gegen die Anwürfe wider ihren Direktor. Rack selbst schrieb an den Vorsitzenden der NSDAP in Schwerin und erhielt nach Wochen eine Antwort, die überhaupt nicht auf die Vorwürfe einging, sondern nur in Aussicht stellte, dass noch weiter "in geeigneter Weise" gegen ihn vorgegangen würde, wenn er es nicht vorzöge, vorher Schwerin endgültig den Rücken zu kehren.

Die Art dieses persönlichen "Kampfes" und noch mehr die bittere Enttäuschung, dass sich unter "seinen Schülern" welche fanden, die es wagten, das gegen ihn gerichtete Pamphlet in den Klassen zu verteilen, das liess ihn an seiner Berufsarbeit als Pädagoge verzweifeln. "Ein edler Mensch wurde so in den Tod gehetzt."

SPD. Stuttgart, 19.September (Eig.Dr.)

Der Schulflugbetrieb auf dem Flugplatz Stuttgart-Böblingen ist nach dem tragischen Tode der Fluglehrer Spengler und Engwer bis auf weiteres eingestellt worden. Mit der vorläufigen Leitung der Schule wurde Hauptmann Weese beauftrag

Im übrigen wird mitgeteilt, dass der verunglückte Luftakrobat Schindler darüber unterrichtet war, dass er die Erlaubnis zur öffentlichen Vorführung des Übertritts von einem Flugzeug zum anderen von der hierfür zuständigen Behörde nicht erhalten würde. Wenn er sich dennoch zur Übung dieses waghalsigen Kunststücks entschlossen hat, so tat er dies lediglich aus sportlichem Ehrgeiz und weil er an sein Gelingen glaubte, jedoch ohne von irgend einer Stelle dazu angeregt oder beauftragt zu sein.

Schindler war seit 1913 Flieger und ist seit 11 Jahren als Luftakrobat tätig gewesen. Er hatte 1929 die Schindler-Flug-G.m.b.H. gegründet, die schon in vielen deutschen Städten Flugtage veranstaltet hat. Er war verlobt mit der Fallschirmpilotin Hedi Schumann und wollte sich mit ihr in der nächsten Woche verheiraten.

SPD. München, 19.September (Eig.Drahtb.)

Aus den jetzt vorliegenden genauen Stimmenzahlen vom 14.September ergibt sich, dass die seit zehn Jahren in Bayern herrschende Bürgerblock-Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund zum erstenmal keine Mehrheit mehr erhalten hat. Die Regierung Held wäre, wenn am 14.september gleichzeitig zum bayerischen Landtag gewählt worden wäre, mit 64 Stimmen in der Minderheit geblieben. Es hätten erhalten die Bayerische Volkspartei 46 (46), Sozialdemokraten 29 (34), Nationalsozialisten 25 (9), Kommunisten 10 (5), Landbund 5 (0), Konservative 2 (0), Deutschnationale 0 (13) und Deutsche Volkspartei 0 (0). Bemerkenswert an dem Ergebnis ist vor allem, dass die Deutschnationalen aus der bayerischen Volksvertretung vollständig ausscheiden würden.

SPD. Amsterdam, 19.Sept. (Eig.Drahtb.)

In der Freitag-Sitzung der gemischten amerikanisch-deutschen Schadenersatzkommission im Haag wegen des deutschen Schadenersatzanspruches für zwei Explosionen in den Vereinigten Staaten aus den Jahren 1916 und 1917 erklärte der Vertreter der amerikanischen Regierung, dass sich aus vorhandenen Telegrammen beweisen lasse, wie das deutsche Auswärtige Amt von 1915 an die Sabotage in den Vereinigten Staaten gefördert habe, ferner in amerikanische Schiffe während ihres Aufenthalts in amerikanischen Häfen Bomben habe unterbringen lassen, sodass die Schiffe auf hoher See explodieren mussten, und dass es Anweisung gegeben habe, Hafenanlagen und Güterschuppen der Eisenbahnen in die Luft zu sprengen. Alles das sei bewiesen und Deutschland habe es unter dem Druck eines ungeheuren Tatsachenmaterials selbst zugeben müssen. Es sei weiter festgestellt, dass von Kriegsbeginn an Berlin der Mittelpunkt eines Sabotagefeldzuges gewesen sei, der hauptsächlich gegen Amerika gerichtet gewesen sei. Schon am 26.Juni 1915 sei von Berlin telegraphische Anweisung zu Sabotageakten in allen Fabriken und Munitionswerken der Vereinigten Staaten gegeben worden. Seit diesem Tage habe Deutschland Amerika nicht mehr als ein neutrales Land betrachtet, sondern einen geheimen Krieg gegen die Vereinigten Staaten geführt.

SPD. Genf, 19.September (Eig.Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid ist aus der zweiten Kommission (Wirtschaftskommission) des Völkerbundes ausgeschieden und in die Abrüstungskommission delegiert worden. Dieser Wechsel dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Breitscheid sich ausser Stande sieht, die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning-Schiele zu vertreten.

SPD. München, 19.September (Eig.Drahtb.

Der "Augsburger Anzeiger" des Ministerpräsidenten Held erklärt in seiner Freitag-Ausgabe, dass der Augenblick für eine organisatorische Einigung zwisch Zentrum und Bayerischer Volkspartei noch lange nicht gekommen sei. Die Bayrische Volkspartei habe noch eine besondere Mission zu erfüllen: den Kampf um die Erhaltung und den Aufbau eines lebensfähigen eigenstaatlichen Bayern. In diesem Zusammenhang werde man scharf mit dem norddeutschen Zentrum abrechnen, das in den vergangenen Jahren noch weniger als die deutschnationalen konservativen Kreise in Norddeutschland Verständnis für diesen Kampf gezeigt habe.

Der Artikel schliesst mit der Behauptung, dass ein organisatorisch-politischer Zusammenschluss zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei heute den Interessen Bayerns zuwiderlaufen würde.

SPD. Genf, 19.September (Eig.Drahtb.)

Während der Kommissionarbeiten ist das Schwergewicht der politischen Verhandlungen in die zahlreichen persönlichen Besprechungen zwischen den führenden Delegationsmitgliedern verlegt worden. Überall wo der deutsche Aussenminister beteiligt war, machte sich die Sorge über die Gestaltung der deutschen Zukunft geltend. Es erschwert die Stellung der deutschen Delegation ausserordentlich, dass die Reichsregierung noch keine Schritte getan hat, um die Garantie für eine Weiterführung der bisherigen Aussenpolitik zu schaffen und eine fruchtbare Arbeit im inneren anzubahnen.

Die Verhandlungen über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich nehmen einen erfolgversprechenden Verlauf. Die Verhandlungen der Abrüstungskommission endeten am Freitag nach langer Aussprache über die Notwendigkeit einstimmiger Ratsbeschlüsse für die Verwendung und Kontrolle von finanzieller Hilfe im Kriegsfalle und bei drohender Kriegsgefahr mit der Verabschiedung des Konventionsentwurfs.

In der Rechtskommission ist für Sonnabend eine wichtige Entscheidung zu erwarten. Am Freitag konnte von führenden Juristen Deutschlands, Frankreichs und Englands eine Formulierung gefunden werden, die dem Haager Gerichtshof die nötige Stabilität gibt. Die Vollversammlung wird danach den Sinn der Wahlen zum Internationalen Gerichtshof so feststellen, dass nach dem alten Statut und der vom Rat beschlossenen Zwischenlösung 15 Hauptrichter und vier Ersatzleute gewählt werden, dass aber nach der Ratifikation des Revisionsstatuts die Wahl so gelten soll, als sei sie nach dem neuen Statut vollzogen worden. Die weittragende politische Bedeutung dieser Entscheidung liegt darin, dass der Haager Gerichtshof in der Folge von keiner Seite in seiner unbedingten Autorität angezweifelt werden kann.

SPD. Essen, 19.September (Eig.Drahtb.)

Das Erweiterte Schöffengericht Essen verurteilte am Freitag den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Wagner-Bochum in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der Wochenzeitschrift "Die neue Front" wegen mehre-

rer Pressevergehen zu insgesamt 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Haft.

In einem Artikel des genannten Hetzblattes vom 6.Dezember 1929 war die Behauptung aufgestellt worden, der sozialdemokratische Rechtsanwalt und frühere Gesandte in Brüssel Landsberg habe dort einen so unsittlichen Lebenswandel geführt, dass die belgische Regierung seine Abberufung betrieben habe. Weiter habe die Hausdame Landsbergs Selbstmord verübt, um seinen Nachstellungen zu entgehen. Landsberg hatte dem Blättchen seinerzeit eine Berichtigung zugehen lassen, die aber nicht veröffentlicht wurde. Wagner erklärte vor Gericht den betreffenden Artikel weder geschrieben noch gelesen zu haben. Er stamme von seinem Parteifreund Voss-Bochum, der als Zeuge geladen, aber wegen Krankheit nicht erschienen war. Landsberg bekundete unter Eid, dass die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen auf Unwahrheit beruhen. Die Staatsanwaltschaft hatte 300 Mark Geldstrafe beantragt.

Die zweite Verhandlung gegen Wagner gründete sich auf einen Artikel in der "Neuen Front", in dem dem Oberbürgermeister von Bochum Dr. Ruer vorgeworfen worden war, er habe einem Juden beim Bau eines Hochhauses 100 000 Mark Entschädigung zugeschanzt und ihm 90 000 Mark rückständige Hauszinssteuer erlassen. Dr. Ruer stellte fest, dass der in Frage kommende Kaufmann für die Abtretung eines Gebietes in einem Enteignungsverfahren auf dem Vergleichswege 10 000 Mark erhalten habe. Hauszinssteuer habe der Betreffende nie gezahlt, also könne auch von dem Erlass der Rückstände keine Rede sein. Trotzdem der Vorsitzende einen Vergleich versuchte und Dr. Ruer erklärte, kein Interesse an der Bestrafung Wagners zu haben, lehnte der Nazi-Mann jeden Vergleich ab. Er wurde zu 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tage Gefängnis verurteilt.

SPD. London, 19.September (Eig.Drahtb.)

Es ist nicht leicht, den Engländer ausser Fassung zu bringen. Das Ergebnis der deutschen Wahlen wurde zwar nicht auf die leichte Schulter genommen und mit allem nötigen Ernst betrachtet. Da man aber die Sozialdemokratie und das Zentrum fast unerschüttert sah und die Diktaturanhänger in der Minderheit, so neigte in der Öffentlichkeit die anfängliche Wertung des deutschen Wahlergebnisses mehr nach der moralischen und kulturellen Seite als nach der unmittelbar politischen.

In den offiziellen englischen Kreisen und bei massgebenden Politikern wurde das Wahlergebnis von Anfang an viel ernster und sorgenvoller betrachtet und inzwischen ist diese Ansicht mehr und mehr auch in die Öffentlichkeit und vor allem in die englischen Wirtschaftskreise gedrungen. Wenn es irgendeines Beweises dafür bedürfte, so sind es die Börsenziffern vom Freitag. Trotz der Interventionen der englischen Regierung liess sich am Freitag nicht verhindern, dass auch der Wert der Reparationsanleihe gesunken ist. Diese, in ihrem Ernst nicht zu unterschätzende Tatsache ist in erster Linie auf die heute von der englischen Presse veröffentlichten Berichte aus Berlin über die Möglichkeit eines Hitlerputsches zurückzuführen. "Daily Telegraph" erörtert sogar in einem ausführlichen Artikel die eventuelle Haltung der Reichswehr. Die müsse als ein bis jetzt noch unbekannter Faktor in das deutsche politische Problem einbezogen werden. Da ausserdem der Prozess der wegen Hochverrats angeklagten Ulmer Reichswehroffiziere vor der Türe steht, so vermehrt dies die in der Presse herrschende Spannung und ein grosses Abendblatt lässt sich die Hochverrats-Sensation nicht entgehen und steigert durch eine entsprechende Balkenüberschrift über die ganze erste Seite die Beunruhigung.

Die Folgen eines bewaffneten Hitler-Aufstandes wären für Deutschland entsetzlich, sagt der "Daily Telegraph". Die grösste Gefahr sieht jedoch die einflussreiche konservative Zeitung in der europäischen Auswirkung eines solchen Aufstandes. Es wird daran erinnert, wie schon 1923 beim Münchener Putsch eine tschechoslowakische Armee bereit gestanden habe, gegebenenfalls die bayerische Grenze zu überschreiten. Das Blatt erklärt ferner, jetzt könnten Deutschlands

Nachbarn nicht mit verschränkten Armen stehen bleiben, wenn die deutsche Demokratie von einer faschistischen Diktatur überrannt werden sollte.

Man mag in Deutschland über solche Betrachtungen lächeln, da ja selbst Herr Hitler einigen heisspornigen Anhängern eine Verfassungs-Tusche gegeben hat. Die englische Presse warnt jedoch ihre Leser und sagt, auf diese Versicherungen sei nichts zu geben. Denn die morgigen Taten des "Möchte-Gern-Mussolinis" würden sicher anders aussehen als seine heutigen Reden. In dieser Weise beurteilte heute die englische Presse die Lage in Deutschland und es muss mit aller Offenheit darauf hingewiesen werden, dass die massgebenden Kreise Englands nicht weniger beunruhigt sind. "Wo ist die deutsche Regierung, Was geschieht von der deutschen Regierung", ist die immer wieder aufgeworfene Frage. Die Regierung Brüning und die bürgerlichen Parteien waren ausgezogen die Sozialdemokratie zu schlagen und sich eine Mehrheit gegen diese Partei zu verschaffen. Der Versuch ist misslungen. Warum zögert Brüning jetzt, die nötigen Schritte zur Klärung der politischen Lage zu tun. Wo ist die Autorität und wo ist die Aktivität, um dem deutschen Volke zu zeigen, dass es eine Regierung besitzt, die entschlossen ist der wirtschaftlichen und politischen Not soweit entgegenzutreten als es in den Zeiten dieser Weltwirtschaftskrise möglich ist?

Das sind die Fragen, die heute in allen denkenden politischen Kreisen gestellt werden. Das Zögern und Abwarten, der ohne Mehrheit dastehenden Regierung Brüning wird ausserdem in England als rätselhaft empfunden und in den Reihen der Labour Party erscheint plötzlichder Reichskanzler als ein Sphinx, dessen Orakelsprüche nicht zu ergründen sind. Nicht in der Rede Curtius' in Genf, sondern in den Taten in Berlin will England erkennen, wohin der Weg in Deutschland führen soll. Das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands hat einen schweren Stoss erlitten. Jeder tatenlose Tag kann das Übel mit vergrössern.

SPD. Bochum, 19.September (Eig.Drahtb.)

Die Vereinigten Stahlwerke Bergbauabteilung Gelsenkirchen legen die Kokerei und Teerdestillation der Zeche "Graf Moltke" still, sodass 111 Arbeiter entlassen werden. Die Klöcknerwerke Abteilung Bergbau stellen die Betriebe der Kokereien und Nebengewinnungsanlagen der Zechen Viktoria I und Werne ein. Dadurch werden 110 Arbeiter und 10 Angestellte erwerbslos. Die Zeche Viktoria Matthias entlässt auf Viktoria Matthias und Friedrich Ernestina je 100 Mann. Weiter wird die Kokerei der Zeche Viktoria Matthias stillgelegt, sodass 94 Arbeiter und 8 Angestellte zur Entlassung kommen.

SPD. Dresden, 19.September (Eig.Drahtb.)

Auf die Aufforderung der sächsischen Wirtschaftspartei zur Bildung einer "nationalen Regierung" aus allen bürgerlichen Parteien und der Nazi-Partei antworten die Nationalsozialisten in ihrem sächsischen Organ, dem "Freiheitskampf" mit der Frage, ob die Wirtschaftspartei entschlossen sei, den Nationalsozialisten von vornherein das Innenministerium einzuräumen. Wenn ja, so müsse sich die Wirtschaftspartei darüber klar sein, dass als sächsischer Innenminister nur Gregor Strasser in Frage komme. Die Nationalsozialisten blieben bei den einmal gestellten Bedingungen und machten von deren Annahme überhaupt ihre Beteiligung abhängig. Der Nationalsozialismus habe bewiesen, dass er heute eine Macht sei und er sei sich seiner Bedeutung und seiner geschichtlichen Sendung bewusst. Halbe Massnahmen machten die Nationalsozialisten nicht mit. Entweder man regiere antimarxistisch nach ihrem Willen, oder sie bekämpften jeden anderen Versuch solange, bis sich die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien vor dem ganzen Volke offenbare. Dann hätten die Wähler wieder das Wort.

Aus aller Welt

Deutschland das reichste Oelland?

Ankunft des amerikanischen Oelmagnaten Sinclair in Berlin - Sinclair behauptet grosse Oelvorkommen in Hannover - Preussische Regierung bisher skeptisch - Neue Verhandlungen?

SPD. Der amerikanische Oelmagnat Harry F. Sinclair, ein hundertfacher Dollarmillionär, ist in Berlin eingetroffen.

Es heisst, dass Sinclair von neuem mit der preussischen Regierung wegen der Ausnutzung der von ihm behaupteten überreichen Oelvorkommen in Oldenburg und Hannover verhandeln wolle. Sinclair steht auf dem Standpunkt, dass Deutschland eins der reichsten Oelländer der Welt sei. Seine Vermutungen stützen sich wie er Pressevertretern gegenüber erklärte, auf die Untersuchungen seiner Ingenieure, aber nun will er noch einmal genaue Feststellungen darüber treffen lassen, ob seine Vertrauensleute nicht doch zu reichlich optimistischen Ergebnissen bei ihren Forschungsarbeiten gekommen sind. Bestätigt sich, was man ihm bisher berichtete und sind die Oelquellen wirklich so ergiebig, dass dem Oelmagnaten Sinclair ein rentables Geschäft gesichert zu sein scheint, so dürfte er allerdings den Versuch machen, die in Frage kommenden Gelände käuflich zu erwerben, zumal ausgezeichnete Raffinierungs- und Vertriebsanlagen bereits vorhanden sind. Freimütig erklärt Mister Sinclair: "Wenn ich dies Geschäft mache, so tue ich es, weil ich glaube, dass ich an diesem deutschen Geschäft verdienen würde. Es hängt natürlich davon ab, wieviel die Ländereien kosten. Das in Frage kommende Gebiet gehört teils dem preussischen Staat, teils dem Kalisyndikat und teils Privatpersonen. Man wird eben sehen, ob diese Eigentümer gewillt sind, ihren Grund und Boden zu vernünftigem Preis zu verkaufen."

Bis jetzt hat die preussische Regierung mit Sinclair noch keine Verhandlungen aufgenommen. Wenn sie auch grundsätzlich gegen das Geschäft, das ihr hier vorgeschlagen werden soll, nichts einzuwenden haben dürfte - Deutschland hat einen Petroleumbedarf von mehr als anderthalb Millionen Litern jährlich, der sonst importiert werden muss - so steht sie doch den Sinclairschen Behauptungen und Hoffnungen mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Bisher haben sich nömlich alle Hoffnungen, die an die Hannoverschen Oelfelder geknüpft wurden, als trügerisch erwiesen. Reichlich positive Mitteilungen, die in der letzten Zeit im Hinblick auf das Hannoversche Oelvorkommen in die Oeffentlichkeit lanciert wurden, mussten amtliche Stellen als "Oelschwindel" bezeichnen. Es hatte sich gezeigt, dass alle diese positiven Meldungen aus Kreisen der am 1. Januar 1930 gegründeten Deutschen Sinclair Petroleum-Gesellschaft stammten. Diese Meldungen, in denen geradezu Wunderdinge über die neuentdeckten Oelfelder mitgeteilt wurden, entpuppten sich als ziemlich plumpe Börsenmanöver. Aber obwohl Herr Sinclair weiss, dass eben durch diese Börsenmanöver und durch das Misstrauen der offiziellen Stellen man in Deutschland seinen Plänen durchaus mit grosser Skepsis gegenübersteht, kommt er jetzt nach Deutschland, um - weiter zu kommen. Und obwohl Herr Sinclair weiss, dass er bisher in Deutschland, bei dessen zahlreichen Arbeitslosen man keine trügerischen Hoffnungen erwecken möchte, eine "schlechte Presse" hatte, bleibt er bei seinem Optimismus. Immerhin sollte das zu denken geben...

\+ + +

Der Schulstreik der KPD.

Eine neue Blamage der Kozis von Berlin.

SPD. Immer wieder,wenn die so geschwollenen Radikalinskis der KPD eine Aktion der praktischen Tat im praktischen Leben aufziehen,so muss die Mitwelt das fast belustigende Schauspiel mit ansehen,wie sie ihre Kräfte zu überschätzen pflegen. Das zeigte sich besonders deutlich bei dem "gewaltigen Schulstreik", den die Kommunisten an der V. und IX. Gemeindeschule in Berlin=Reinickendorf inszeniert haben.

Vor einigen Tagen war ein gewisser Beyes,Lehrer in der 2.Klasse der V. Gemeindeschule, dienstentlassen worden,weil er seine Tätigkeit als republikanischer Lehrer mit der Agitationsmission verwechselt hatte,die ihm von der Linie als Mitglied der kommunistischen Bezirksverordnetenfraktion aufgegeben worden war. Diese Dienstentlassung des kommunistischen Agitators benutzten die "klassenbewussten Strassenzellen" zu einem gut organisierten "Entrüstungssturm" der zuerst einen ganz stattlichen Eindruck machte. Man berief eine Versammlung der Elternschaft ein, zu der allerdings nur eine sehr geräuschvolle Minderheit erschienen war, hielt ein halbes Dutzend Brandreden und erliess schliesslich eine ellenlange Protestresolution, die noch druckfeucht direkt aus dem Karl Liebknecht=Haus gekommen war. Natürlich wurde eine Kampfleitung gewählt und eine Delegation mit einem Musterkoffer von Forderungen zum Provinzialschulkollegium geschickt.

+

Andern Tages begann der grosse Rummel. Vor den Toren der beiden Gemeindeschulen erschien ein Zug von etwa 50 unentwegten Rotfront=Knäblein, die Plakate trugen,auf denen stürmisch, in schlechter Orthographie und mit vielen Ausrufungszeichen zum "Generalstreik" an den beiden Gemeindeschulen aufgefordert wurde. Der Endrefrain des gemütvollen Spektakels war immer wieder der schöne Satz: Wir wollen unsern Beyes wiederhaben! Man musste dann allerdings feststellen,dass die 50 Rotfront=Knäblein zum Teil gar nichts mit den "bestreikten" Schulen zu tun hatten. Es waren die Antifajünglinge Z.b.V.,das heisst zur besonderen Verwendung,die immer dannden Drahtziehern im Karl Liebknecht=Haus zur Verfügung stehen,wenn es einen Bluff zu inszenieren gilt. Kurz und gut -: an den beiden Schulen streikten etwa 30 bis 35 Kinder und die Front bröckelte von Stunde zu Stunde in unheimlicher Schwindsucht ab. Trotzdem die "Rote Fahne" hysterische Artikel schrieb und von den "250 Eltern" faselte, die angeblich geschlossen im Kampfe ständen,musste das "Streikkomitee" schon am zweiten Tag erfahren,dass es mit den Aktionen der KPD. sehr schlecht bestellt ist. Denn eine Anzahl Väter, die in der "Streikversammlung" die rabiatesten Töne von sich gegeben hatten,liessen inzwischen mit weich gewordenen Knieen die weisse Fahne heraushängen und schickten ihre Kinder wieder zur Schule. Als am dritten Tag die Briefe des Provinzialschulkollegiums kamen, in denen den streikenden Eltern mit Ordnungsstrafen gedroht wurde,brach die Phalan Sowjetdeutschlands über Nacht zusammen und was jetzt noch an den beiden Schulen streikt, ist ein wirkliches Bäckerdutzend von ganz Unentwegten, das auch schon mit beiden Augen nach dem rettenden Mauselich sucht,in das man kriechen könne.

+

In der Berliner "Roten Fahne" aber ist es um den kommunistischen Bezirksverordneten und Lehrer Beyes sehr still geworden. Man liest fast nichts mehr vom Schulstreik, man liest auch kaum noch etwas von der "flammenden Empörung", die angeblich die gesamte Elternschaft erfüllt.

+ + +

Gefilmte Flugzeugkatastrophe. Von der furchtbaren Katastrophe auf dem Flugplatz Böblingen bei Stuttgart, der der Flugakrobat Schindler und drei Piloten zum Opfer fielen, ist ein Film aufgenommen worden. Der Operateur hatte die Absicht, das Flugkunststück aufzunehmen, das Schindler mit dem Uebersteigen von einem Flugzeug in ein anderes ausführen wollte. Die Bildtstreifen, die die Ursache der Katastrophe einwandfrei ergeben werden, sind vorläufig von der Flugpolizei beschlagnahmt worden.

Das Reichsverkehrsministerium nimmt zu der Böblinger Flugkatastrophe in einer Erklärung Stellung, in der darauf hingewiesen wird, dass es sich in Böblingen nicht um eine öffentliche Veranstaltung, sondern um die Vorführung eines Interessenten (Schindler Flug A.G.Freiburg i.B.) vor der hierzu geladenen württembergischen Presse handelte; man wollte eine Milderung der behördlichen Auffassung hinsichtlich der Zulassung von akrobatischen Flugveranstaltungen erzielen. Gegen diese Privatveranstaltung hatte die örtliche Polizeibehörde keinen Einspruch erhoben. Freilich sieht sich das Reichsverkehrsministerium nach der Böblinger Katastrophe erst recht nicht veranlasst, in seiner bisherigen Auffassung eine Aenderung eintreten zu lassen. Das Reichsverkehrsministerium steht vielmehr auf dem Standpunkt, dass durch derart gefährliche Veranstaltungen, deren Zulassung in Böblingen propagiert werden sollte, der legitimen Luftfahrt unerträglicher Schaden zugefügt wird.

+ + +

Mordüberfall bei Berlin. In Karow bei Berlin verübte ein 30 Jahre alter Bursche einen Raubüberfall auf eine 53 jährige Witwe. Die Frau wurde durch zwei Schüsse des Täters schwer verletzt, konnte aber noch um Hilfe rufen. Als der Bursche sich verfolgt sah, floh er, ohne etwas erbeutet zu haben.

+ + +

Drama dieser Notzeit. In Duisburg haben sich zwei Schwestern im Alter von 56 und 57 Jahren und ihr Bruder im Alter von 59 Jahren gasvergiftet. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Motiv: wirtschaftliche Not.

+ + +

Sadismus. Der Diamantschleifer Georg Egner in Erbach im Odenwald, Vater von sechs Kindern, hat seine Frau durch mehrere Schüsse in Leib, Brust und Kopf schwer verletzt und nach der Tat das Bett, auf das die Frau gesunken war, angezündet. Nur dem raschen Eingreifen der Nachbarschaft ist es zu verdanken, dass die Frau nicht lebendigen Leibes verbrannte. Zwischen dem seit vielen Jahren verheirateten Ehepaar kam es in letzter Zeit häufig zu Streitigkeiten, an denen die Hauptschuld dem Ehemann zugemessen wird. Er wurde verhaftet.

+ + +

Hans Herzl +. Vor wenigen Tagen starb Hans Herzl, der Sohn des grossen zionistischen Theoretikers Theodor Herzl. Erst jetzt werden über den Tod Hans Herzls, der von sich reden machte, als er zehn Jahre nach dem Tode seines Vaters zum Protestantismus und später zum Katholizismus übertrat, nähere Einzelheiten bekannt. Hans Herzl, der in London als Uebersetzer lebte, erhielt die Nachricht, dass eine seiner beiden in Bordeaus lebenden Schwestern, und zwar Pauline-Hild-Herzl in eine Irren-Heilanstalt gebracht worden sei. Hans Herzl fuhr sofort nach Bordeaux und verbrachte einige Tage bei seiner Schwester, deren Wiedergesundung der Arzt für ausgeschlossen erklärte. Nach London zurückgekehrt erhielt Herzl am 8.September die Nachricht von ihrem Tode. Wie jetzt bekannt wird, bemerkte man an Hans Herzl bereits während der Trauerfeier unverkennbare Zeichen einer Geistesstörung. So widersetzte er sich beharrlich einer endgültigen Schliessung des Sarges und sprach davon, dass er im Besitze eines wundertuenden Talismans sei, der seine Schwester ins Leben zurückrufen werde. Kurz nach der Beerdigung der Schwester erschoss sich Hans Herzl in seinem Hotelzimmer in Bordeaux. In einem hinterlassenen Brief teilte er mit, dass er an dem Tode seiner Schwester die Schuld trage und deshalb nicht weiter leben könne.

Gronaus Ankunft. Am Freitag mittag kurz vor 12 Uhr traf der deutsche Ozeanflieger von Gronau mit seinen drei Begleitern Eduard Zimmer, Fritz Albrecht und Franz Hack an Bord des Hapag-Dampfers "Hamburg" in Cuxhaven ein, umbraust, umbrüllt und umrast von einem grossen Schwarm deutscher Flugzeuge, die zum ehrenden Empfang herbeigeeilt waren. Schon an Bord des Dampfers wurden die Flieger von ihren Angehörigen und Kameraden, sowie von der Presse begrüsst. Ausser den Persönlichkeiten der Flieger fand der Nornierwal allgemeines Interesse mit dem die Ozeanüberquerung gelungen war. Die Hapag hatte die Maschine als Ehrenfracht befördert. Nach kurzer Feier fuhren Gronau und seine Begleiter nach Hamburg, wo u.a. der Senat einen Empfang veranstaltete. Der sozialdemokratische erste Bürgermeister Ross hielt die Begrüssungsansprache.

+ + +

Ein Spuk der Weissrussen. Vor dem Grab des Unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen in Paris fand dieser Tage ein merkwürdiges militärisches Schauspiel statt. Eine Abteilung russischer Soldaten in den Uniformen der alten Zarenarmee hielt eine glanzvolle Parade vor mehreren nicht minder glanzvollen russischen Generälen ab. Es handelte sich dabei, wie der sozialistische "Soir" berichtet, keineswegs um eine Filmaufnahme, sondern um eine von der Regierung Tardieu genehmigte Demonstration der weissrussischen Emigranten in Paris. Das sozialistische Blatt protestiert gegen diese Maskerade und bezeichnet sie nicht nur als lächerlich, sondern auch als schwere Unhöflichkeit gegen die auch von Frankreich anerkannte sowjetrussische Regierung.

+ + +

Tollwutkatastrophe in Marseille. Marseille und seine Umgebung werden seit Monaten von einer merkwürdigen Plage heimgesucht. Massenweis treiben sich tolle Hunde herum und fallen Menschen und gesunde Hunde an. Das Pasteur-Institut ist von Kranken überfüllt, die eiligst durch eine Serumbehandlung vor den Folgen der Hundebisse geschützt werden müssen. Gegen die Stadtverwaltung werden die schwersten Angriffe erhoben, weil sie es trotz der seit Monaten zunehmenden Gefahr der herumirrenden kranken Hunde unterlassen hat, die Tiere durch gut organisierte Expeditionen zu fangen und zu töten. Man nimmt an, dass der Krankheitsherd der Tollwut in der Camargue liegt, dem ungeheuren wilden Pusztagelände westlich von Marseille.

+ + +

Neue Flugzeugkatastrophe. Auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof kam am Freitag abend die Udet-Flamingo Maschine "D 1760" der Deutschen Verkehrsfliegerschule in einer Höhe von 150 Meter ins Rutschen und stürzte ab. Das Flugzeug zerschellte: der Pilot Gerhard Kurz wurde lebensgefährlich verletzt, sein Begleiter, der Flugschüler Dr.Ing.Richard Rödel getötet.

+ + +

Der Sprengstoff der Bombenverbrecher. In der Freitagverhandlung im Altonaer Bombenprozess wurde Frau von Oertzen vernommen, deren Ladung die Verteidigung beantragt hatte, weil sie glaubte, dass die Vernehmung von Frau von Oertzen zu einer Entlastung des Angeklagten Volck führen könne. Da Frau von Oertzen aber erklärte, dass sie in keiner Weise die Attentäter bespitzelt habe, ist der Plan der Verteidigung als gescheitert anzusehen. Ausserdem wurde der Sachverständige Dr.Heick von der Physikalisch-technischen Reichsanstalt vernommen; er sagte aus, dass der bei den Attentaten verwandte Sprengstoff als gemeingefährlich angesehen werden müsse.

+ + +

Ein Paradies der Guten? Aus dem französischen Departement Deux Sévres kommt die fast unwahrscheinliche Nachricht, dass der Schwurgerichtshof dieses Bezirks, der mangels Verbrechern bereits seit Juni in Ferien weilt, auch im September nicht zusammenzutreten gedenkt, da bis jetzt nur ein einziger Kriminalfall abzuurteilen ist.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Gewerkschaften zum Wahlausfall.

Die Zunahme der extremen Stimmen ein Hindernis für die wirtschaftliche Prosperität – Eine Warnung an die Sozialreaktion – Das positive Resultat des Wahlkampfes.

SPD. Die Gewerkschaftszeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), nimmt in ihrer Ausgabe vom Sonnabend, den 20. September, ausführlich zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen Stellung. Sie konstatiert, dass die Sozialdemokratie im Wahlkampf völlig allein gestanden habe. Von allen Seiten wurde sie mit Angriffen überhäuft. Von allen Konkurrenten wurde unter den verschiedensten, einander gänzlich widersprechenden Gesichtspunkten ihre politischen Maximen und Handlungen, mochte sie sie als Regierungspartei oder in der Opposition betätigt oder vollzogen haben, als letzte entscheidende Ursache aller Wirren und Schäden, die im öffentlichen Leben zu beklagen waren, verschrien. Die Sozialdemokratie hat 10 Mandate in diesem Kampf verloren Dieser Verlust sei, so sagt die Gewerkschaftszeitung, schmerzlich und seine Bedeutung solle nicht verkleinert werden. Beachte man jedoch bei der Wertung dieses Resultats für die Sozialdemokratie die ungewöhnliche Wucht der Angriffe denen die Partei ausgesetzt war, so sei die Tatsache, dass sie ihren Bestand nahezu gehalten hat, ein Beweis für ihre unerschütterliche innere Festigkeit und für die Beständigkeit des Vertrauens, das breite Volksmassen der Sozialdemokratie in den Stürmen dieses Wahlkampfes bewahrt haben und das sie ihr – damit mögen ihre Gegner rechnen – in jeder Lage bewahren werden.

Den Erfolg der Kommunisten und Nationalsozialisten dürfe man nicht als Konjunkturgewinn betrachten, der allein aus der Arbeitslosigkeit und der Verzweiflungsstimmung bedrohter Existenzen zu erklären wäre. Auf dieses Konto könne man höchstens den Gewinn der Kommunisten, aber nur einen Teil des Anwachsens der Nationalsozialisten setzen. Soweit der Wahlerfolg der radikalen Flügelparteien jedoch in der gedrückten sozialen Lage weiter Bevölkerungskreise, namentlich der Arbeiterschaft, seine Ursache hat, sei er eine Warnung für die politischen Kreise, die bisher für die Lösung der schwebenden finanzpolitischen und konjunkturpolitischen Aufgaben keine anderen Mittel zu kennen vorgaben als solche, die die soziale Not verschärfen und den Protest der Massen gegen sie verstärken würden. So weit eine Verwirklichung der nationalsozialistischen Parolen – und durch eine solche Verwirklichung könnten die Massen politischen Flugsandes nur im Lager der Nationalsozialisten gehalten werden – in Frage komme, ist die Gewerkschaftszeitung der Meinung, dass sich solche Erfolge durch parlamentarische Arbeit kaum erreichen liessen. Das Mysterium des Dritten Reiches würde also vieles von seinem unechten Strahlenglanz verlieren, sobald die nationalsozialistischen Propagandisten gezwungen wären, mit realen politischen Fakten zu rechnen. Hier könnte bei der Führung der nationalsozialistischen Partei die Neigung Raum gewinnen, die durch das starke Anwachsende Fraktion bei der Gefolgschaft geweckten Hoffnungen auf anderen als parlamentarischen Wegen zu befriedigen. Diese Möglichkeit gehöre zu den politischen Realitäten, mit denen nach dem Wahlausfall zu rechnen ist.

Als weit bedrohlicher sieht die Gewerkschaftszeitung aber die Tatsache an, dass das Anwachsen der Kommunisten und Nationalsozialisten die Arbeitsfähigkeit des Parlaments belastet und damit ein Hindernis für die Belebung des

Vertrauens zur Staatsführung bildet, die als dringendste Voraussetzung für die Wiederkehr der wirtschaftlichen Prosperität angesehen werden muss. Soweit das Anschwellen der kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmenzahlen der Verzweiflung über einschneidende soziale Folgen der Wirtschaftskrise entsprang, werde sehr bald tiefe Enttäuschung an die Stelle der Hoffnung treten, diesem Uebel könnte mit einer radikalen politischen Entscheidung gesteuert werden. Umso unentbehrlicher sei eine feste und überlegene Führung des Reiches, gegründet auf einer parlamentarischen Machtgruppe, die sich, einmütig in dem Willen, die der Lösung harrenden brennenden Fragen des politischen, ökonomischen und sozialen Lebens mit den Mitteln und im Geiste der Verfassung zu meistern und diese Verfassung gegen alle Bedrohungen zu schützen, zu entschlossenem Handeln zusammen findet und unbeirrt ihren Weg zuende geht. Eine solche Mehrheit sei zahlenmässig möglich. Wer aus einem beschränkten Horizont heraus ihr Entstehen hindert, wer ihre Arbeit stört, um kümmerlichen Begehrlichkeiten kleiner Kreise, um Pfenniginteressen ohne Gewicht für das Gesamtschicksal Geltung zu verschaffen, trage dazu bei, dass die latent bestehenden Gefahren für den Bestand der republikanischen Freiheit, für die wirtschaftliche Existenz und das soziale Wohl weiter Kreise, ja des ganzen Volkes, akut werden. Der Versuch der im Kabinett Brüning vereinigten Parteien, ihre Alleinherrschaft im Reich zu errichten, sei am Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Das wahltaktische Ziel dieser Parteien, eine entscheidende Minderung des parlamentarischen Einflusses der Sozialdemokratie zu erzwingen, sei missglückt. In dem Wandel der Meinungen darüber sei ein positives Resultat das Wahlkampfes zu erblicken, von dem man hoffen könne, dass es der Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Regierungsbildung förderlich sein werde.

Von den Funktionären und Kerntruppen der Arbeiterbewegung sei der Wahlkampf mit bezwingendem Elan und beispielsloser Hingabe geführt worden. Ihnen sei es gelungen, die Position der Sozialdemokratie zu halten. Was jedoch schon vor den Wahlen feststand, dass auch dieser Kampf um die Herrschaft im Parlament nur eine Phase eines langen Ringens der politischen Machtströmungen und Willensmeinungen um die Gestaltung des Staatswillens darstelle, sei durch den Ausgang des Wahlkampfes restlos offenbar geworden. Darum müssten die Entschlossenheit der Scharen der Arbeiterbewegung, ihr waches Wesen, ihre Bereitschaft zu energischem Zupacken, ihr Vertrauen zur Führung, alle Eigenschaften der Stammannschaften des demokratischen Sozialismus über den Wahlkampf hinaus rege bleiben!

SPD. In einer Sonderausgabe des "Angriff", des Berliner Organs der Nationalsozialisten, wird zu der Beschäftigung ausländiger Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft Stellung genommen. Es heisst in den Ausführungen u.a.: "Die Ursache für diese grosse Zahl ausländischer Kräfte liegt zum grossen Teil in der Unmöglichkeit, für einzelne Arbeiten deutsche Kräfte zu finden, sodass teilweise, besonders in der Landwirtschaft, die Unternehmer gezwungen werden, fremde Kräfte zu beschäftigen."

Die Nazis bemühen sich hier, Verständnis für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft zu erwecken. Dass ausgerechnet sie es sind, ist besonders bemerkenswert. Sie können sonst nicht genug gegen die Fremdrassigen wettern! Aber wir verstehen! Dadurch, dass Rittergutsbesitzer, wie zum Beispiel der pommersche Rittergutsbesitzer von Corswandt, der selbst polnische Landarbeiter beschäftigt, Führer der Nationalsozialisten sind, müssen sie mehr oder weniger auf die Interessen dieser Kreise Rücksicht nehmen.

Im übrigen ist die Behauptung, deutsche Arbeitskräfte ständen für einzelne Arbeiten nicht zur Verfügung, ein grosser Unsinn. Allein Ende Juli gab es nicht weniger als 52 000 arbeitslose deutsche Landarbeiter. Sie würden sehr gern arbeiten, wenn sie nur Arbeit hätten und wenigstens soviel verdienen könnten,

dass sich damit auskommen lässt.

Die Landarbeiter mögen sich die oben erwähnten Ausführungen des national=sozialistischen Organs merken!

SPD, München, 19. Sept. (Eig. Drahtber.)

Der Münchener Bundeskongress des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) nahm am Freitag zwei Vorträge über das Verhältnis des Beamten zum Staat entgegen.

Das Bundesvorstandsmitglied Dr. Hans Völter sprach über "Rationelle Personalpolitik in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben". Er führte aus, dass sich der Staat in seinen Verwaltungen und Betrieben der allgemeinen Tendenzen technischer, organisatorischer, finanzieller aber auch personalpolitischer Rationalisierung nicht entziehen könne. Im Jahre 1925 wurden in 23 588 öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Betrieben rund 2 Millionen Personen beschäftigt. Der Umsatz dieser Betriebe betrug rund 13 Milliarden Mark. Aus diesen Ziffern ergebe sich die grosse Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft und damit des Problems ihrer rationellen Betriebsführung. Es habe keinen Zweck, sich den Notwendigkeiten der Zeitentwicklung entgegenzustellen. Es sei vielmehr Aufgabe der Beamtenschaft, sich selbst aktiv in diesem Prozess einzuschalten. Dabei dürften aber die berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Beamtenschaft nicht geschädigt werden. Das Beamtenproblem stehe heute mehr denn je in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskusion und damit auch des politischen Kampfes. Man suche durch Gelegenheitsgesetzgebung von Fall zu Fall an ihm herumzumodellieren. Statt dessen sollte man der Verfassung, den Forderungen der Beamtenschaft und den Bedürfnissen dadurch entsprechen, dass man endlich durch Schaffung eines neuen Beamtenrechts diese Fragen in zeitgemässer Weise grundsätzlich löst. Eine Reform des Beamtenrechts in den von der Beamtenschaft verlangten Sinn erweise sich auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen als eine Notwendigkeit, der so schnell als möglich Rechnung getragen werden sollte.

Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte folgende Entschliessung an: "Der Bundeskongress hält die Bestimmungen des Ausgabensenkungsgesetzes nicht für geeignet, die öffentlichen Finanzen in irgendwie erheblichem Umfange zu entlasten. Diese Bestimmungen behandeln berechtigte Beamtenrechtsfragen lediglich von Ersparnisgesichtspunkten aus und enthalten demgemäss Verschlechterungen des geltenden Gesetzes. Diese Verschlechterungen stehen ausser jedem Verhältnis zu der erwartenden Ausgabenersparnis. Der Kongress lehnt daher diese Bestimmungen des Ausgabensenkungsgesetzes ab. Insbesondere legt er Verwahrung dagegen ein, dass an Stelle der dringlichsten zeitgemässen Reform des gesamten Beamtenrechts mit dem Ausgabensenkungsgesetz der Weg der Gesetzes=Novellierungen beibehalten wird, der seit Inkraftreten der Reichsverfassung fast ausschliesslich zur Verschlechterung des Beamtenrechts beschritten worden ist. Diese Taktik kann nicht mit der Achtung vor der Reichsverfassung vereinbart werden, die als Basis des gesamten Staatslebens die Richtung der zukünftigen Rechtspolitik bestimmen sollte. Der Kongress erneuert im Interesse des Staates und der Beamtenschaft die vom ADB oft wiederholte Forderung nach der Schaffung eines modernen Beamtenrechts, das derartige Teilnovellierungen überflüssig macht."

Hierauf sprach Universitätsprofessor Dr. Hermann Heller-Berlin über das Thema "Der Berufsbeamte im sozialen Rechtsstaat". Er erklärte, dass die Notwendigkeit eines Berufsbeamtenrechts auch in der Demokratie unbestritten sei. Mit dem Wandel der Staatsform hätten sich auch die Stellung und die Aufgaben des Berufsbeamtentums gewandelt. Es sei nötig, dass die Beamten ihre Ehre und ihren Stolz daran setzten, dem Staat treu zu dienen. Nur so lasse sich erreichen, dass das Beamtentum gerade in der kapitalistischen Wirtschaft nicht miss=

braucht und korrupiert werde. Der Beamte solle seine Ehre im Dienste am Volk und nicht in der Herrschaft über das Volk finden. Wenn die Bürokratie die politische Führung an sich nimmt, dann laufen sie Gefahr, dass das Berufsbeamtentum durch Parteibeamtentum ersetzt wird und dass eine korrupte Dilletantenverwaltung entsteht, in der alle Funktionäre bei jedem Regierungswechsel durch neue ersetzt werden. Die Beamten sollen und brauchen auf die Wahrung ihrer Berufsinteressen keinesfalls verzichten. Es handele sich hier um die ernsteste Frage des Berufsbeamtentums überhaupt, nämlich um die Frage, wie verhindert werden kann, dass das Vertrauen zur Unparteilichkeit des Beamtentums nicht noch weiter schwinde. Man könne sich nicht einfach darauf berufen, dass der Beamte in seiner politischen Betätigung unbeschränkter Privatmann ist, denn das Volk versteht nicht, wie ein Mann unparteiisch seines Amtes walten will und kann, der sich in seiner politischen Betätigung keinerlei Einschränkung unterwirft. Das gelte insbesondere in der jetzigen politischen Situation, in der man sehe, dass jeder fünfte Deutsche seine Stimme einer Partei gebe, die ihre Ziele selbst nicht kennt, in der also offenbar wird, wie vorsichtig die politische Urteilsfähigkeit unseres Volkes eingeschätzt werden müsse.

Der Redner verwahrte sich schliesslich gegen die Methoden der Brüning-Regierung, den Beamten einseitig Opfer aufzuerlegen, und behauptete, dass dadurch Tausende von Beamtenstimmen den Nationalsozialisten zugefallen seien. Das Beamtentum habe esin der Hand, ob es einem "starken Manne" willenlos unterworfen sei oder ob es dem deutschen Volke dienen wolle. Seine Pflicht sei, alle Diktaturversuche vom Staat und von der Beamtenschaft abzuwehren.

SPD. Am Freitag wurden zwischen dem Verband Berliner Metallindustriellen (V.B.M.I.) und dem Berliner Metallkartell (Gewerkschaften) die Verhandlungen aufgenommen zum Neuabschluss des Lohntarifs für die Berliner Metallarbeiter, der von den Unternehmern zum 5.Oktober gekündigt worden ist.

Seine Verhandlungsvorschläge unterbreitete der V.B.M.I. erst während der Verhandlungen. Die Metallindustriellen verlangten die Zustimmung der Gewerkschaften, zu einem Abbau der Tariflöhne von 15 %. Das würde z.B. für den hochqualifizierten Facharbeiter eine Senkung des Tarifspitzenlohnes von 1,12 ℳ auf rund 96 Pfg. je Stunde bedeuten, für den Transportarbeiter von 84 Pfg. auf 76 Pgf. und für den 14-15jährigen Arbeiter von 33 Pfg. auf 28 Pfg. Die Metallindustriellen erklärten, dass sie nur in einem durchgreifenden Lohn- und Gehaltsabbau dürfte aber nicht nur auf die Betriebe der Berliner Metallindustrie beschränkt bleiben, sondern sich über das ganze Reich erstrecken und vor allem auch die öffentlichen Arbeiter und Beamten erfassen. - Die Gewerkschaftsvertreter lehnten die Forderung der Metallindustriellen natürlich glatt ab. Sie vertraten die Auffassung, dass durch den Lohnabbau und der damit verbundenen Kaufkraftverringerung das Heer der Arbeitslosen noch weiter vergrössert und die gegenteilige Wirkung von dem erzielt werden würde, was die Berliner Metallindustriellen angeblich beabsichtigten. Die Gewerkschaften stellten der Forderung nach Lohnabbau eine Gegenforderung auf Lohnerhöhung gegenüber. Sie verlangten die Erhöhung des Tariflohnes des qualifizierten Facharbeiters von 1,12 ℳ auf 1,20 ℳ und der übrigen Löhne im gleichen Prozentualverhältnis. Weiter beantragten sie, dass den Frauen nicht wie bis jetzt 70 %, sondern 85 % des Männerlohnes gezahlt werden sollen.

Während der Verhandlungen kam es oft zu scharfen Zusammenstössen zwischen den Unterhändlern der beiden Tarifparteien. Während die Unternehmer mit allem Nachdruck betonten, dass sie ohne Nachsicht versuchen werden, ihre Forderungen durchzusetzen, brachten die Gewerkschaftsvertreter zum Ausdruck, dass sie eher einen Kampf auf Biegen oder Brechen aufnehmen würden, als auch nur einen Pfennig Lohnabbau in Kauf zu nehmen. Als von den Gewerkschaftsvertretern schliesslich der Vorschlag gemacht wurde, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit die Ar-

beitszeit in der Berliner Metallindustrie auf 40 Stunden herabzusetzen, gab es in der Verhandlung, die schon zu scheitern drohte, eine jähe Wendung. Nach längerer Beratung erklärten die Metallindustriellen, dem Beschäftigungsproblem auch von dieser Seite nähertreten zu wollen. Sie ersuchten die Gewerkschaftsvertreter, ihre Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung zu präzisieren, damit auf dieser Grundlage die Verhandlungen am nächsten Dienstag fortgesetzt werden können.

SPD. Die Pressestelle des Reichsarbeitsministeriums teilt über die Bestrebungen, für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm Preisermässigungen durchzusetzen, folgendes mit:

"Der Reichsarbeitsminister hat in einem Rundschreiben den Wohnungsressorts der Länder und den Beschaffungsressorts die bisherigen Ergebnisse der Preissenkungsmassnahmen für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung mitgeteilt. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Verschlechterung des Baumarktes bereits eine gewisse Senkung der Baukosten eingetreten ist und dass die bei dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm vorgesehenen Vereinfachungen der Bauausführung eine weitere Einsparung an den Baukosten von 7 - 8 v.H. bringen werden.

Von den Preissenkungsmassnahmen werden zunächst Verhandlungen mit Vertretern der zentralen Bauunternehmerverbände erwähnt. Wenn auch die Verbände angesichts der grundverschiedenen Verhältnisse auf dem Baumarkte im Reichsgebiete weniger zahlenmässige Vorschläge machen konnten, haben sie doch ihre Mitarbeit bei der Durchführung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms insbesondere auch in der Richtung einer Preissenkung zugesagt.

Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Architekten haben dazu geführt, dass bei der Bearbeitung von Bauvorhaben des zusätzlichen Bauprogramms gewisse Ermässigungen bei der Honorarberechnung gegenüber der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure eintreten.

Die Zementverbände haben sich bereit erklärt, bei Zementlieferungen für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm auf die jeweils geltenden Listenpreise eine Preisnachlass zu gewähren. Die hochwertigen Portlandzemente und die sogenannten Kampfzemente nehmen an dem Preisnachlass teil. Weitere Erleichterungen sind hinsichtlich der Bezugsart vereinbart worden. Es kann demnach künftig im Verbandsbereich des westdeutschen Zementverbandes der billigere Normenzement ohne Beigabe von teurem Markenzement allein bezogen werden.

Bei den Verhandlungen über Senkung der Ziegelpreise erwies es sich, dass eine einheitliche Preisbildung im Reiche nicht besteht. Immerhin hat der Reichsverband der Deutschen Ton- und Ziegelindustrie e.V. in Berlin ein Rundschreiben an die Landes-, Provinzial- und Sonderfachverbände gerichtet und ihnen hierin die Notwendigkeit einer Unterstützung der mit dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm des Reichs beabsichtigten Preispolitik vor Augen geführt und auch sonst seine Unterstützung bei Verhandlungen mit den örtlichen Ziegelkartellen zugesagt.

Es ist ferner gelungen, die Fabrikpreise für Linoleum ab 1. September auf den Stand vom Herbst 1929 zu senken; weiterhin sind ab 1. September sämtliche Reverszeichner aus ihren Verpflichtungen entlassen. Damit ist für den Linoleumhandel die völlige Freiheit in der Gestaltung der Wiederverkaufspreise gegeben."

Wirtschaft Technik Handel

Wohnungsbau und Arbeitsmarkt.

Der Geschäftsbericht des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften.

SPD. Der Bericht des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften setzt sich eingehend mit den Problemen der Wohnungsbaupolitik auseinander. In diesem Zusammenhang wird u.a. die Forderung aufgestellt, die Wohnungsbaupolitik planmässig mit einer Bevölkerungsverteilungspolitik zu verkoppeln. Das Wohnungsbedürfnis soll mit der Arbeitsmöglichkeit und der wirtschaftlichen Zweckmässigkeit in der Erstellung von Wohnungen in Zusammenhang gebracht werde:

In dem Bericht wird angenommen, dass die heutige industrielle Arbeitslosigkeit in gewissen Umfange als eine Dauererscheinung angesehen werden müsse. Die Folge wäre eine dauernde Arbeitskrise in den Grosstädten und in den Industriezentren, deren Bevölkerung im Verhältnis zu den künftigen Arbeitsmöglichkeiten bereits jetzt als viel zu gross anzusehen sei. Eine Dezentralisation und Rückbildung des reinindustriellen Arbeitnehmers zu einem neuen wirtschaftlichen Zwischentyp, der in Anlehnung an den Begriff des Ackerbürgers etwa als "Gartenbürger" zu bezeichnen wäre, erscheine daher notwendig, Eine aufbauende Wohnungspolitik, die zugleich eine Politik der planmässigen Bevölkerungsverteilung und Arbeitsbeschaffung sein muss, dürfe angesichts des furchtbaren Notstandes auch vor starken Eingriffen, selbst in die Freizügigkeit der Menschen und der Industrieunternehmungen nicht mehr zurückschrecken.

Auf das engste verbunden mit dem Problem der Arbeitslosigkeit sei das Problem der tragbaren Wohnungsmiete. Es habe sich mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass trotz der öffentlichen Beihilfen mit der Hauszinssteuer ein grosser Teil der Wohnungsbautätigkeit nicht den breiten Massen der Minderbemittelten zugute gekommen ist, weil die Mieten für diese Schichten nicht tragbar sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt verbiete sich eine weitere Ausdehnung der Grosstädte und Industriezentren, da statistisch nachgewiesen sei, dass der Kapitalaufwand für Wohnungsbauten sich in den Grosstädten am allerhöchsten stellt. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts betrug im Jahre 1928 der durchschnittliche Preis für eine Wohnung (reine Baukosten) in den Grosstädten 10 405 Mark, in den Mittelstädten 9 680 Mark, in den kleinen Städten und Landgemeinden nur 9 383 Mark. Für die 2½-Zimmerwohnung betragen die Sätze 9 905, 9 255 und 8 679 Mark. Das zahlenmässige Ergebnis bei gleichem Kapitalaufwand sinkt also mit der Grösse des Ortes der Ansiedlung.

Die Frage der Wohnform werde angesichts des Problems der dauernden Arbeitslosigkeit zu einer Frage von höchster wirtschaftlicher Bedeutung. Werden heute und in Zukunft Wohnungen an Orten gebaut, wo für die zusätzliche Bevölkerung keine Arbeit vorhanden ist, so ergäben sich nur zwei Möglichkeiten: entweder müsste ein Teil der Bevölkerung dieser Orte später ausgesiedelt und so die Bevölkerung auf den wirtschaftlich richtigen Umfang zurückgeführt werden oder der betreffende Ort habe dauernd einen mehr oder weniger hohen Prozentsatz an Arbeitslosen. Es müsse dann früher oder später entweder ein übermässiger Leerraum an Wohnungen oder eine ungewöhnlich grosse Masse dauernd arbeitsloser und zahlungsunfähiger Mieter entstehen. Das Problem der Zukunft sei also, dass man die notwendige und vertragbare Erstellung von Wohnungen mit den vorhandenen oder neuzuschaffenden Arbeitsmöglichkeiten in engsten Zusammenhang bringe.

Wahlausfall und Börse.

(Börsenbericht für die Woche vom 15. bis 20.September)

SPD. Berlin, 20.September.

Wenn man die Bilanz der verflossenen Woche zieht, stellt sich die Auswirkung der Wahlen auf die deutsche Börse und damit auf die Finanzierung der deutschen Wirtschaft schlimmer dar, als man anfänglich geglaubt hatte. Als das Wahlresultat, das eine Stärkung der extremen Parteien brachte, feststand, musste man mit stärkeren Verkäufen rechnen. Diese setzten dann auch am Montag prompt ein. Das Kursniveau wurde stark gedrückt, in einzelnen Fällen war ein Rückgang um 10 bis 20 Punkte zu verzeichnen. Die Verkäufe waren durchaus, was betont und beachtet werden muss, Panikverkäufe.

Die Panik hielt nicht lange an. Schon am Dienstag war eine Erholung zu konstatieren. Sie ging auf die Einstellung der Finanzwelt und insbesondere auf die Einstellung des Auslandes auf das Wahlresultat zurück. Es zeigte sich, dass sich das Geldangebot aus dem Ausland nicht verringerte. Auch die Pressestimmen aus dem Ausland lauteten durchweg gefasst und für die Börse günstig. Dazu kamen andere Auftriebsmomente, so die günstige Gestaltung der deutschen Handelsbilanz im Monat August, die Neueinstellungen im Siemenskonzern und die Vorschläge der Regierung hinsichtlich der Kapitalertragssteuer, die allerdings in ihren Auswirkungen auf die Börse weit hinter dem zurückblieb, was man von interessierter Seite dem Publikum seit Jahren erzählt hatte. Mitte der Woche gab es sogar Besserungen an der Börse. Es kam zu einigen Spezialbewegungen, die dem an sich gerade nicht erfreulichen Bild frohe Farbentöne gaben.

Im grossen und ganzen war die zuversichtlichere Haltung der deutschen Börse, insbesondere der Berliner Börse, darauf zurückzuführen, dass man mit schnellen Entscheidungen hinsichtlich der Regierungsbildung rechnete. Die Situation sei durch folgende Kursangaben umrissen: Reichsbankaktien, die am Sonnabend vor der Wahl 249 notierten, gingen am Montag auf 234 zurück und konnten sich bis Mittwoch auf 239 erholen. Die Aktien der Deutschen Bank-Discontogesellschaft (Sonnabend vor der Wahl 123 3/4) zogen von 120,5 am Montag bis Mittwoch auf 121,25 an, Norddeutscher Lloyd (91,75) besserten sich von 87,5 auf 88 5/8, I.G.Farben (152 7/8) von 143 5/8 auf 149,5, Siemens (198,25) von 184,25 auf 191,25, Salzdetfurth (330,5) von 306 auf 319,5 und Stahltrust (78) von 74,5 auf 75,5.

Der Freitag hat das ganze Bild über den Haufen geworfen. Es gab starke Kurseinbrüche. So gingen Salzdetfurth von 319 auf 305 zurück, Siemens von 191 auf 183, Stahltrust von 75,5 auf 74,5 und die Deutsche Bank-Discontogesellschaft von 121,5 auf 119,5. Durchweg hat das Kursniveau um 5 bis 10% nachgelassen. Der 19.September hat also schon etwa vom "schwarzen Freitag" in sich Viel schlimmer wird die Situation, wenn man den Gründen nachgeht.

Den Anstoss zu der Bewegung am Freitag gab das Nachlassen der deutschen Anleihen im Auslande. Young- und Dawesanleihen erlitten am Londoner Markt scharfe Kursrückgänge, mit dem Erfolg, dass am Freitag an der Berliner Börse starke Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen. Ohne Zweifel liegen hier Leerverkäufe vor. Aber man kann sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein starkes ausländisches Angebot vorhanden ist. An der Börse wurde daraus die Konsequenz gezogen, was zu dem obenerwähnten Rückgang führte. Dazu kommen die Gerüchte, dass die Reichsbank die Mark z.B. in London gestützt habe. Wie weit das zutrifft, steht nicht fest. Fest steht aber, dass sich bei der Reichsbank eine stärkere Nachfrage nach Devisen eingestellt hat. Wir betonen in diesem Zusammenhang noch einmal das, was wir seit der Stabilisierung der Mark schon so oft gesagt haben: eine Gefahr für die Festigkeit der deutschen Reichsmark ist nicht vorhanden. Die Reichsbank ist durchaus in der Lage, irgend einen Angriff auf die Mark abzuwehren. Erschwert wird ihr allerdings die Arbeit dadurch, dass Wirtschaftskreise (auch Teile der sogenannten seriösen Wirtschaft, die

ihrer Hitlerbegeisterung sicherlich auch in klingender Münze Ausdruck gegeben haben) jetzt dabei sind, eine Flucht aus der Mark zu inszenieren. Dadurch wird die Festigkeit der Mark nicht angetastet, die Verteidigung der Mark aber sicherlich erschwert. Der nächste Reichsbankausweis muss ja schon zeigen, was die Markflucht der seriösen Wirtschaft der Reichsbank an Devisen allein in der Woche nach den Wahlen gekostet hat.

Sollte sich die Bewegung, die man am Donnerstag und Freitag beobachten konnte, in nächster Zeit verstärken, so entsteht eine Situation, die für unsere Geldmärkte nicht gerade angenehm ist, die unzweifelhaft ein Hemnis für die Ankurbelung unserer Wirtschaft ist und die deshalb scharf beobachtet werden muss. Dass man nicht mit bank- und markttechnischen Mitteln dagegen ankommt, ist selbstverständlich. Man muss dem Uebel an die Wurzel gehen und hier muss glatt heraus erklärt werden: es ist höchste Zeit, dass mit der politischen Unsicherheit Schluss gemacht wird. Die Wirtschaft und vor allem die deutschen Geldmärkte vertragen diese Unsicherheit nicht, die in dem Wahlergebnis in Deutschland sicherlich nicht begründet ist und von Interessentenkreisen deshalb nur aufrecht erhalten wird, um kleine politische Geschäfte zu machen, während die Volkswirtschaft unermessliche Schäden erleidet.

SPD. Der durchschnittliche Wochenumsatz je Mitglied ist im Zentralverband deutscher Konsumvereine von 8,76 Mark im Juli 1930 auf 8,12 Mark im August 1930 zurückgegangen. Im August 1929 betrug er 8,78 und im August 1928 = 7,95 Mark. Der Rückgang ist auf die schlechte Wirtschaftslage und den Preisfall zurückzuführen. Der Durchschnittssatz wurde in Nordwestdeutschland um 1,94, in Sachsen um 1,91 und in Rheinland und Westfalen um 0,60 Mark überschritten. Unter dem Zentraldurchschnittssatz blieben Südwestdeutschland um 2,70, Schlesien um 1,76, Württemberg um 1,50, Ostdeutschland um 1,15, Bayern um 1,01, Thüringen um 0,72 und Mitteldeutschland um 0,22 Mark.

SPD. Das Internationale Kupferkartell hat den Kupferpreis im Laufe der verflossenen Woche zweimal heruntergesetzt und zwar insgesamt von 11,3 auf 10,8 Cent pro englisches Pfund. In Verbraucherkreisen nimmt man an, dass mit einem weiteren Nachgeben des Kupferpreises zu rechnen ist.

SPD. Die deutsch-oberschlesische Kohlenförderung hat sich in der Woche vom 8. zum 14. September seit langer Zeit wieder einmal gesteigert und zwar arbeitstäglich von 60705 Tonnen auf 64274 Tonnen. Der Absatz ging über die Förderungssteigerung hinaus, sodass sich die Haldenbestände von 552 000 Tonnen auf 526 000 Tonnen verringerten.

SPD. Nach einer Feststellung des Preussischen Statistischen Landesamtes sind die Schlachtungen im ersten Halbjahr 1930 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um eine Fleisch- und Fettmenge allein bei wichtigen Viehgattungen um 20,56 Millionen Kilogramm zurückgegangen.

Ruhigere Auffassung.

(Berliner Getreidebörse vom 19. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag am Roggenmarkt eine wesentlich ruhigere Auffassung. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lauteten für die vorderen Sichten unverändert, für spätere um 2 bis 3 Mark höher; jedoch konnten sich diese nicht voll behaupten und schwächten sich gegen Ende der Börse wieder etwas ab. In effektiver Ware war das Angebot etwas geringer geworden, reichte jedoch vollkommen für den Bedarf aus. Weizen hatte gleichfalls im Angebot nachgelassen. Da sich die Nachfrage nach Mehl belebt hat und die Gerüchte über den stärkeren Beimahlungszwang im Oktober nicht verstummen wollen, konnten auch hier die Preise anziehen. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen sie zu Beginn der Börse für die vorderen Monate um etwa 3 Mark, für später um 4 bis 5 Mark in die Höhe; jedoch schwächten sich auch hier die Kurse später wieder ab. Am Mehlmarkt zeigte sich eine Belebung des Interesses für Weizenmehl, das um 25 Pfennig höhere Preise erzielen konnte. Roggenmehl hatte nur sehr geringen Umsatz bei unveränderten Preisen. Für Hafer war die Tendenz stetig. Kaufinteresse war vorhanden, jedoch nicht allzugross. Auch Gerste hatte ruhigen Markt.

	18. September	19. September
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233 - 235	234 - 236
Roggen	174 - 175	163 - 165
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industriegerste	180 - 195	180 - 195
Hafer	158 - 169	158 - 169
Weizenmehl	27,50-35,75	27,50-35,75
Roggenmehl	24,00-27,25	23,75-27,00
Weizenkleie	8,75- 9,00	8,75- 9,00
Roggenkleie	8,25- 8,50	8,25- 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 255-253 (Vortag 252½) Oktober 256½-255 (253½), Dezember 268-266½ (263), März 276½-275¼ (272). Roggen September 181-179½ (181), Oktober 182-180 (182), Dezember 194½-193-193½ (193), März 206-204½ (203). Hafer September 166, Oktober 167 (167), Dezember k77 (177), März 190.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Der Schweinemarkt wurde geräumt. Das Angebot war nicht besonders gross, so dass bei glattem Geschäft die Preise anziehen konnten, Auf dem Rinder- und Kälbermarkt genügte der Auftrieb. Während auf dem Rindermarkt die Preise im grossen und ganzen behauptet werden konnten, gab es auf dem Kälbermarkt langsamen Handel mit nachgebenden Preisen. Auf dem Hammelmarkt wurde über zu kleines Angebot geklagt. Obwohl die Käufer nur widerwillig auf die höheren Preisforderungen eingingen, setzten sich Preiserhöhungen durch.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 43-48 (voriger Markt 42-47), b) 35-40 (35-40), c) 30-34 (30-34), d) 25-28 (26-28), Kälber: a) -(-), b) 70-80 (72-82), c) 69-78 (70-81), d) 53-65 (55-65), Schweine: a) (über 300 Pfund) 58-60 (56-58), b) 240-300 Pfund) 60-62 (59-62), c) (200-240 Pfund) 61-63 (60-62), d) (160-200 Pfund) 60-61 (59-61), e) (120-160 Pfund) 58-60 (56-59), f) (unter 120 Pfund -(-), g) (Sauen) 53 (52-53).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 19. September 1930

Der Kakteenfreund.x

SPD. In seinem bequemen Sessel sass, den Kopf leicht hinten angelehnt, Raoul Crouvelles. Das schüttere graue Haar lag ihm locker an den Schläfen. Mit einem nachdenklichen und versonnenen Lächeln sah er auf seinen Freund Jean Prossard. Vor den Beiden am Fenster standen auf einer hellgrün angestrichenen Holz=Stagere viele Töpfe mit Kakteen, deren bizarre Formen einen skurrilen Gegensatz zu der soliden bürgerlichen, ja, ein wenig spiesserhaften Einrichtung des Zimmers bildeten. Dort streckte eine Pflanze dicke grüne Finger aus der Erde, eine andere leuchtete in aufreizend sinnlichem Grün mit fleischigen, saftstrotzenden Blättern, währen wieder andere scharfe, unerbittliche Stacheln wie scharfe Lanzen von sich streckten.

Raoul Crouvelles sah wieder seinen Freund an. Dann glitt sein Blick wie lobkosend zu den Kakteen und darüber hin. Ohne aufzusehen, fing er mit leiser, ein wenig heiserer Stimme zu sprechen an.

"Sie wundern sich, lieber Freund, dass ich gerade den Kakteen meine grosse Liebe geschenkt habe. Eigentlich haben Sie ja Recht - es gibt so viele andere Blumen und Pflanzen, die gewiss viel schöner und anziehender sind - Rosen, Narzissen, Lilien, Tulpen, Chrysanthemen, Orchideen - - -"

Hier unterbrach ihn Herr Prossard mit einer leichten Handbewegung: "Nein Crouvelles, reden Sie nicht von Orchideen - Orchideen sind keine Blumen - es sind Wesen - Geschöpfe! - - "

Raoul Crouvelles nickte, "Ja, und Kakteen? - Kakteen leben - atmen - sprechen. Ich will Ihnen einmal etwas sagen," - er dämpfte seine Stimme noch mehr, dass es fast wie Flüstern klang - "Kakteen haben eine Seele!"

Er schwieg, strich sich mit der Hand über die Stirn und fuhr dann, während er sein Gegenüber scheu ansah, fort: "Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Sie wissen," und er zeigte auf einen kleinen Topf, aus dem eine Pflanze fast wie eine Hand aus der Erde ragte, "Sie wissen, dass dies eine sehr seltene Art einer Klein=Kaktee ist. Durch einen Bekannten, der im Auftrage einer Zeitung eine Zeitlang in Mexiko weilte, gelangte ich in ihren Besitz. Ich habe mich sehr darüber gefreut - zumal da diese Art, wie ich schon sagte, sehr selten ist und nur in den öden Gegenden im Inneren Mexikos vorkommt."

Er schwieg wieder einen Augenblick und fuhr dann fort:

"Eines Tages passierte mir etwas ganz Eigenartiges, und seitdem -seitdem fürchte ich mich ein wenig vor der Pflanze. Ich hatte sie wieder einmal in der Hand genommen unf betrachtete ihre seltsame Form, als mir der Topf plötzlich entglitt. Ich fasste zu und griff in der Hast in die Stacheln, sodass ich mit einem leichten Schreck den Topf beiseite stellte und mir die abgebrochenen Spitzen, die in der Hand stecken geblieben waren, entfernte. Während ich dann sass, überkam mich plötzlich eine merkwürdige Beklemmung. Mir war, als ginge von der Kaktee, die da wie eine Hand hervorragte, eine seltsame Kraft aus."

Raoul Crouvelles sah verstohlen zu Jean Prossard, der aufmerksam zuhörte, hinüber.

"Und nun beginnt das Seltsame. Ich sah plötzlich eine öde, steinige Landschaft, die mich an Bilder erinnerte, die ich von Süd= oder Mittelamerika gesehen habe. Seltsam geformte Büsche und Sträucher standen herum - aber merkwürdig: bei näherem Hinsehen waren es lauter Kakteen wie diese hier - nur um vieles

vergrössert. Und über allem, über den Steinen, der ausgedörrten, rissigen Erde brannte eine blendende, erbarmungslose Sonne. Da erschienen zwei Menschen. – Auf einem Maultier, das mit hängendem Kopfe mühsam vorwärts trottete, sass eine Frau, während der Mann mit stumpfen, apathischen Gesichte daneben ging. Der Mann blieb stehen und sagte mit heiserer Stimme zu der Frau: "Du musst absteigen; das Tier kann Dich nicht mehr tragen." Die Frau schüttelte stumm den Kopf. Der Mann wiederholte seine Aufforderung, worauf die Frau mit einer hellen, klingenden Stimme erwiderte: "Ich kann nicht gehen." Mit aufgeregten Worten versuchte der Mann ihr klar zu machen, dass das Tier nicht mehr imstande sei, die doppelte Last des Gepäcks und der Frau zu tragen, und dass Beider Leben gefährdet sei, wenn in dieser Einsamkeit, weitab von jedem Menschen, das Tier zusammenbrechen würde."

Der Erzähler stockte – dann fuhr er erregt fort: "Sie kamen in einen Wortwechsel. Er wollte die Frau herunterziehen; sie stiess mit dem Fusse nach ihm, traf ihn, ob mit Absicht oder nicht, ins Gesicht – – er riss sie herunter, krallte ihr in rasender Wut die Hände um den Hals – – –

Dann verscharrte er die Leiche. Als er fast fertig war, packte ihn das Entsetzen – – er fasste das Tier am Zügel und rannte, rannte besinnungslos hinein in die steinige Wüste. – – – Die Hand der Toten aber", – Raoul Crouvelles sah verstört nach der Kaktee hin, die fünf grüne Finger hochreckte – "die Hand der Toten aber spreizte sich wie eine schreiende Anklage aus ihrem steinigen Grab." – – –

Er schwieg. Jean Prossard sah ihn nachdenklich an und sagte dann abwägend: "Sie sollten die Kakteenzucht aufgeben – – es sind seltsame Dinger, diese Pflanzen. Ich las neulich, dass es darunter sehr giftige gibt – – und auch etliche, deren Stacheln einen stark betäubenden und narkotisierenden Saft absondern. – – – Geben Sie Ihre Liebhaberei auf, lieber Crouvelles; noch ist es Zeit!" – – – –

Herr Prossard war gegangen. Raoul Crouvelles sass ein Weilchen nachdenklich still. Dann tastete er langsam nach dem Topfe. Mit einem langen Blicke sah er auf die grüne Pflanzenhand, seufzte tief auf – dann schlossen sich seine Finger fest darum, und mit einem scharfen, stechenden Schmerz drangen die Stacheln in seine Haut ein. – – –

Walter Schirmeier.

Halbmond und Stern x

SPD. Fauchend fährt der lange Orientexpress in Sofia ein, dem Mittelpunkte des Balkans. Verkäufer umschwirrten die eleganten Waggons und schreien laut in undefinierbaren Lauten, ihre Melonen, ihre Maiskuchen oder ihr Selterwasser anpreisend.

Schon nach kurzem Aufenthalt setzt der Zug seine Fahrt fort, um das letzte Stück auf der Strecke Wien-Konstantinopel zurückzulegen. Ueber 24 Stunden lang kann man bequem vom Coupéfenster aus Landschaft und Siedlungen des südosteuropäischen Winkels vorbeifliegen sehen, jenes Stück unsres Erdteils, das mit seinen Wirren, seinen überholten Arbeitsmethoden und politischen Schwierigkeiten um Jahrhunderte in der Entwicklung zurückgeblieben ist.

Langsam windet sich der Zug auf die Hochebene von Sofia und erreicht über einen hohen Viadukt den Pass von Wakarel (822 Meter über dem Meere), der höchsten Station zwischen Wien und Konstantinopel. Ganz weit in der Ferne sieht man von hier aus den höchsten Gipfel des Rhodopegebirges: den Umsalla (2924 Meter). Dichte grüne Nadelwälder säumen zu beiden Seiten die Bahnstrecke ein. Nur ab und zu stehen dazwischen kleine, hellere Punkte von Laubbäumen. Schäumend und brausend, in kleinen Wasserfällen, schiesst das Wasser zu Tale. Es

ist eine ausgesprochene mittlere Gebirgslandschaft mit südlichem Klima. Ganz vereinzelt sieht man kleine Siedlungen an den Wasserläufen und in den Wäldern zerstreut liegen.

Dieses Bild ändert sich vollkommen jenseits des Transjator=Passes, wenn der Zug in schnellem Tempo die äusserst fruchtbare Maritza=Ebene erreicht. Grosse Bauernhäuser reihen sich aneinander. Stattliche Dörfer liegen in den Feldern, wo Tabak, Reis, Mais, Melonen und alle Obstsorten prächtig gedeihen. In vielen Gegenden wird sogar zweimal im Jahre geerntet.

Heiss brennt die Sonne auf dieses gesegnete Land. Schaf= und Schweineherden jagen staubaufwirbeln über die Steppe, von malerischen Zigeunerinnen behütet, die in bunten Tüchern, ihren Stock schwingend, barfuss hinterher rennen. Auf grossen Plätzen an den Dörfern wird das Getreide noch in uralter Weise durch Pferde ausgetrampelt oder mit Schlitten gedroschen. An den Stationen mischen sich auffallend viele Militärpersonen mit zerlumpten Gestalten aus der Provinz. Moderne, europäisch angezogene Menschen oder gar Kraftwagen sind höchst selten.

Bulgarien ist ein reiner Agrarstaat und leidet stark unter der Rückständigkeit seiner Landwirtschaft. In unserm Abteil sitzt ein Mechaniker der Krupp=werke, der Oelmühlen nach neuster Art einrichtet und dadurch dauernd im Lande herumreisen muss. Er erzählt uns, dass die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens nur schlecht ausgenutzt wird, weil die Bauern sehr genügsam und unwissend sind. Meist leben sie in kleinen, rohen Lehmhäusern oder gar in luftigen Schuppen, deren einziger Schutz ein riesiges Dach aus Maisstauden ist. Der deutsche Mechaniker lebt schon über zwanzig Jahre im Balkan und klagt doch noch immer über die Unordentlichkeit, die schlechte Nahrung und das mangelhafte Verständnis der Bauern. Es wäre wohl eine ungeheure Erziehungsarbeit notwendig, um die jahrhundertelange Spanne kulturellen Fortschritts zwischen diesen Winkeln Osteuropas und den grossen Kulturstaaten Westeuropas zu überspringen. Solange diese Balkanstaaten aber noch politisch und finanziell abhängig sind und keine eigene Industrie entwickeln können, wird das noch gute Weile haben.

Spät am Abend erreichen wir die türkische Grenze. Halbmond und Stern begrüssen uns: wir nähern uns dem Orient. Nur oberflächlich werden unsre Rucksäcke durchgesehen. Befreit atmen wir auf, als endlich die letzte der zahlreichen Schranken überschritten ist, die durch die politische Zerrissenheit des Balkans entstanden sind. Interessant ist es, wie ein jüdischer Spanier, wie sie hier zahlreich wohnen, sich und seinen dicken Koffer durch die Zollgrenze schmuggelt. Kurz vor der Zollstation legt er sein kleines Töchterchen auf die Bank zum Schlafen, verstreut ringsherum Kleider und Spielsachen, um den Anschein zu erwecken, der Koffer in dem darüber hängenden Gepäcknetz enthalte ebenfalls nur solche notwendigen Gegenstände. Er selbst verschwindet in ein anderes Abteil. Ganz nach der Berechnung des Alten beachtet keiner der kontrollierenden Beamten den Platz der Kleinen näher, und unbeanstandet geht der Koffer über die Grenze. Schnell erscheint unser Freund wieder, weckt mit ungeheurer Geduld und psychologischer Klugheit sein Kind, packt die Sachen auf und verschwindet an der nächsten Station.

Auch in den anderen Abteilen der dritten Klasse kann man Gestalten sehen, die nur noch wenig Europäisches an sich haben. Die Männer stecken in Sackleinenhosen, unten mit Schnüren zusammengezogen, und tragen zerschlissene Holzpantoffeln an den Füssen. Zum Schutz gegen Erkältung tragen sie dicke rote Leibbinden, und um den Kopf haben sie malerische Tücher geschlagen. Im ganzen ähneln sie eher einem Araber oder Asiaten als einem Osteuropäer. Die Frauen sind in lange schwarze Tücher gehüllt, die über den Kopf geschlagen werden und nur Mund, Nase und Augen frei lassen. Manche sind sogar ganz verschleiert. Von ihnen ist weiter nichts zu sehen als die Füsse. Ein merkwürdiger Anblick. Wir versuchen, sie zu photographieren, doch sofort wenden sie ihr Gesicht ab, und die Männer sehen uns nicht gerade freundlich an. Wir sind ja jetzt in dem Lande, wo die Frau noch ein Wert= und Tauschobjekt und der unumschränkte Be=

sitz eines einzelnen Mannes ist.

Am nächsten Morgen sehen wir das Meer, einen modernen Badestrand, Menschen in Sommerkleidern nach neuestem Stil: wir nähern uns Konstantinopel.

Karl Möller.

Lockruf des künstlichen Goldes.[x]

SPD. Wir erleben in unsern Tagen ein kleines Stück Mittelalter; Mystizismus, Magie, Wahrsagerei gewinnen von Tag zu Tag mehr Boden, und die Geheimnisse der Goldmacherkunst haben einen neuen Sinn, ein neues Leben bekommen. Von je her war der Mensch für Mystizismus empfänglich, und die Verwandlung der Seele des heutigen realistischen Menschen in mittelalterliche Mentalität ist scheinbar weniger unzeitgemäss als die Umwandlung der unedlen Metalle in Gold, die trotz der krampfhaften Bemühungen durch die Jahrtausende bis heute noch nicht gelungen ist.

Der Fall des Goldmachers Tausend bezeigt, dass selbst allzu üble Beispiele den Mut und Stolz ernsthafter Menschen bis heute nicht vermindern konnten, mit einem Charlatan gemeinsame Sache zu machen, um Luftschlösser auf dem Monde zu bauen. Aber - das soll nun gleich gesagt werden - eine gewisse Rechtfertigung muss man diesen Menschen doch zuteil werden lassen. Denn, wenn auch die Goldmacherei im allgemeinen eine mittelalterliche Angelegenheit ist, so hat sie doch eben durch die ungeheuren Fortschritte der Chemie und Physik in den allerletzten Jahrzehnten an Kredit gewonnen. In der Tat ist die Möglichkeit einer künstlichen Golderzeugung nach dem modernsten Stande der Atomtheorie nicht nur nicht abzuweisen, sondern sogar prinzipiell zuzugeben. Durch die Curie'schen Untersuchungen an den radioaktiven Stoffen und durch das Hilfsmittel der Spektralanalyse rückte die Möglichkeit einer Atomzertrümmerung und -umwandlung in andere Stoffe näher und fand die alte alchymistische Auffassung, alle Elemente seien Abkömmlinge einer gemeinsamen Ursubstanz, einen wissenschaftlich begründeten Stützungspunkt. Im Jahre 1919 gelang es dem englischen Physiker Professor Rutherford, auch Stickstoffatome zu "zertrümmern" und sie in Wasserstoff umzuwandeln. Und der deutsche Professor Paneth wandelte Wasserstoff in Helium um. Was ist das anderes als Alchymie im mondernsten Sinne! Wenn auch die genannten Forscher noch so wenig mit den Alchymisten im engeren Sinne zu tun haben, so ist die Zahl derer, deren Versuche ausschliesslich der Goldmacherei gelten, gross genug, um sich mit ihnen ernsthaft zu beschäftigen.

Ein kurzer Rückblick bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gehört dazu, um über die Anfänge der modernen Alchymie ein einigermassen klares Bild zu schaffen. Ihre Wurzeln stecken, wie auch die der verschiedensten okkulten Wissenschaften, im französischen Boden. Sie hängen zusammen mit der Entstehung der von Josephine Peladan gegründeten kabbalistischen Gesellschaft "Ordre de la Rose Croix", der sich bald die unter Albert Poisson's Führung stehende "Société alchimique" angliederte. Die Seele dieser Geheimorden war der unter dem Namen Papus bekannt gewordene Arzt Dr. Gérard Anaclet Vincent Encausse, der mit Recht "der grösste Kabbalist des 19. Jahrhunderts" genannt wurde. Es dürfte bekannt sein, dass selbst August Strindberg ein überzeugter Anhänger dieser Lehren gewesen ist. Dieser geniale Wirrkopf befasste sich eingehend mit Goldmacherei und vertritt auch in seinen Büchern die Anschauung, dass die Natur das Gold aus Quarz, Eisen uhd Schwefel bildete. In zweien seiner Bücher - "Antibarbarus" und "Breviaire alchimique" legt er von seinen Experimenten Rechenschaft ab. Da erzählt er, dass er bei einem seiner Versuche in eine Glasschale eine Eisensulfatlösung goss und ihr Ammoniumchlorhydrat und Ammoniak zusetze. Nach Tagen bildete sich an der Oberfläche der Flüssigkeit eine feine, metallisch schillernde Schicht, welche die charakte-

ristischen Reaktionen des Goldes aufwies.

Noch früher soll es schon dem französischen Ingenieur Tiffereau gelungen sein, Gold herzustellen. Allerdings nur in einem Laboratorium in Mexiko. Das künstliche Gold entstand aus einer Silber= und Kupferlegierung, die unter Einwirkung von Salpeter= und Schwefelsäure den Sonnenstrahlen ausgesetzt wurde. Als Tiffereau jedoch nach seiner Rückkehr nach Frankreich seine Experimente ergebnislos wiederholte, musste er der Sonne die Schuld zuschieben, deren schwächere Starhlen in Frankreich nicht den gleichen Erfolg wie in Mexiko zu erzielen vermochten.

Zahlreiche andere Goldmacher haben noch um die letzte Jahrhundertwende ihre Erfolge in die Welt hinausposaunt. So hiess es z.B., dass es dem amerikanischen Chemiker Professor Carey=Lea gelungen wäre, künstliches Gold herzustellen. Ein anderer Amerikaner, Dr. St.H. Emmeus, "verwandelte" mexikanische Silberdollars in Gold. Dieses Verfahren soll im wesebtlichen in einer intensiven Hämmerung bei gleichzeitiger stark Abkühlung bestanden haben. Angeblich soll die Münzstätte von New York das "Argentaurum" des Dr. Emmeus überprüft und als neunzigprozentiges Feingold anerkannt und aufgekauft haben. Dr. Emmeus hat nie das Geheimnis seiner Golderzeugung verraten, und die enttäuschte Oeffentlichkeit wollte später wissen, dass das "Argentaurum" des Dr. Emmeus mit der Zeit an Goldgehalt eingebüsst hätte. Bald schlief die ganze Angelegenheit ein, genau so, wie die Goldmacherkunst des Edward Brice, der wieder aus Antimon=, Eisen= und Bleisulfit Gold herstellen, ja, sogar eine Fabrik dafür einrichten wollte.

Die vor einigen Jahren kursierenden Nachrichten, die allmählich zu einer Weltsensation anwuchsen und besagten, dass es dem Berliner Professor Adolf Miethe gelungen wäre, aus Quecksilber durch Zerstörung des Quecksilberatoms Gold herzustellen, dürften noch recht lebhaft in Erinnerung sein. Die ganze wissenschaftliche Welt geriet damals in Aufruhr, und nach jahrelangen harten Pro= und contra=Disputen endete der Kampf mit der Niederlage von Professor Miethe. Dabei stellte sich heraus, dass Miethe das Opfer eines wissenschaftlichen Irrtums geworden war, und dass das Gold, das er fand, Naturgold und nur ein Bestandteil des Quecksilbers gewesen war, dem er experimentiert hatte.- Und soll man etwa den Kopenhagener Professor Möllgard, der mit seinem Goldpräparat die Tuberkulose heilen wollte, ohne jedoch den Erwartungen zu entsprechen, nicht ebenfalls in die Reihe der modernen Alchymisten setzen? Nach der Lehre der alten Alchymie ist die Kunst des Goldmachens eng verbunden mit dem "aurum potabile", dem Trinkgold, das in geringen Mengen lebensverlängernd, in grösseren Mengen jedoch als ein gefährliches Gift wirken sollte. Es ist wohl anzunehmen, dass auch Professor Möllgard das Allheilmittel des Trinkgoldes vorgeschwebt hatte.

Wie leicht Täuschungen vorkommen können und wie oft den angeblichen Erfolgen der Neo=Alchymisten Irrtümer zugrunde liegen, dafür gab Professor Haber vor einen Jahren anlässlich eines Vortrags ein Beispiel: Im physikalisch=chemischen Reichsinstitut glaubte man einmal bei Versuchen die Bildung von Gold aus Blei gefunden zu haben. Nach genauen Untersuchungen stellte sich heraus, dass einer der Mitarbeiter seine goldene Brille bei einem Versuch abgenommen und mit den gleichen Fingern das Experimentierblei berührt hatte. So ausserordentlich empfindlich sind die spektroskopischen Untersuchungen, dass selbst dieses unendlich winzige Quantum von Goldstaub wahrgenommen wurde. In ähnlicher Weise sind vielleicht auch die Versuche der beiden Holländer Smits und Karssen zu deuten, die wie Miethe arbeiteten, aber in der Quarzlampe anstelle von Quecksilber dem Wechselstrom reines Blei aussetzten. Ihre Behauptung, Blei in Quecksilber und Thalium umgewandelt zu haben, bewahrheitete sich ebenfalls nicht.

Unter den vielen Alchymisten der Gegenwart tat sich besonders der Franzos François Jollivet Castelot hervor, der in seiner alchymistischen Zeitschrift und in seinen zahlreichen Büchern seit 1908 einen verzweifelten Kampf um seine Anerkennung führt und zu beweisen sucht, dass ihm die Herstellung des künstlichen Goldes aus Silber, Schwefelarsenik, Schwefelantimon und Zinn gelungen

gen sei. Sein Aufruf an alle Chemiker der Welt, seine Entdeckung nachzuprüfen, und sein offener Brief an Herriot, den damaligen Unterrichtsminister, konnten bis heute nicht erwirken, dass offizielle Stellen Kontrollversuche vornahmen, trotzdem sehr namhafte Wissenschaftler für Castelot Stellung genommen und seine Ergebnisse bestätigt haben.

Kürzlich kam auch aus Ungarn die Nachricht, dass ein Budapester Chemiker, Johann Benedek, Gold aus Blei hergestellt hätte. Aehnliche Nachrichten werden oft genug in die Welt gesetzt. Ihr Wert braucht nicht allzu lange nachgeprüft werden. Sie beweisen jedoch, dass die Phantasie der Menschen unentwegt weiter arbeitet, und dass unser "Jahrhundert der Aufklärung" nicht minder närrisch ist als das von uns so verhöhnte Mittelalter. Und doch – die zahlreichen Neugründungen alchymistischer Gesellschaften auf der Ganzen Welt, die Flut von Kampfschriften, die für die Alchymie neuerdings in allen Sprachen der Welt erscheinen und neue Theorien zutage fördern, die ungeahnten Fortschritte der Naturwissenschaften erwecken den Eindruck, dass sich die Hoffnung der Alchymisten eines Tages verwirklichen könnte. Allerdings mit praktischen Mitteln, die den alten Alchymisten noch nicht zur Verfügung standen, mit zeitgemäss und wissenschaftlich begründeten Theorien und mit Ergebnissen, die sich wahrscheinlich stark von den jahrehundertelang erwarteten unterscheiden werden.

Nikolas Aranyosi.

Halsmanns Briefe.

SPD. Im Oktober 1929 ist der Student Philipp Halsmann von einem Innsbrucker Geschworenengericht in zweiter Instanz wegen Totschlags zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Ist Halsmann schuldig, ist er unschuldig?

Wir wissen es nicht. Aber wir wissen, dass das Gericht es ebenfalls nicht wusste, und dass sein Urteil ein feiges, jämmerliches, sentimentbeladenes Verlegenheits- und Kompromissurteil darstellt. Entweder hielt das Gericht Halsmann für überführt: dann musste es ihn viel härter strafen, als es ihn gestraft hat. Oder aber, es hielt ihn nicht für überführt; dann musste es ihn freisprechen. Auf einen Verdacht hin jemanden zu einer mittelschweren Strafe verurteilen, ist eine Rechtsschande. Es ist verdienstlich und notwendig, die Sache nicht auf sich beruhen, die Kritik nicht einschlafen zu lassen. Nur fragt es sich, welchen Mittels man sich zur Erreichung dieses Zieles vorteilhafterweise bedient.

Im Verlag I. Engelhorn's Nachfolger (Stuttgart) ist ein Buch erschienen, das Halsmanns "Briefe aus der Haft an eine Freundin" der Oeffentlichkeit zugänglich macht. Als ich etwa ein Vierteljahr vor dem Erscheinen dieses Buches von dem mir bekannten Herausgeber Karl Blauck um meine Meinung über die Nützlichkeit einer derartigen Publikation gefragt wurde, neigte ich, da ich den Inhalt der Briefe nicht kannte, aus einer irrigen Vorstellung über ihre Bedeutungsschwere heraus zum Ja. Heute kenne ich diesen Inhalt und sage Nein. Die Briefe sind an ein junges Mädchen, an Halsmanns Freundin Ruth, gerichtet, und es ist, wie uns versichert wird, bei ihrer Niederschrift nicht an die Möglichkeit einer späteren Veröffentlichung gedacht worden. Gewiss nicht. Warum sie später dennoch erfolgt ist, teilt die Empfängerin im Vorwort mit: Sie ist der Meinung, dass die Briefe das Wesen ihres unglücklichen Freundes offenbaren und für ihn sprechen. Für ihn... Damit ist gemeint für seine Unschuld. Nun muss recht deutlich gesagt werden: Wie es ein abscheulicher Stumpfsinn ist, dem der Brandstiftung Angeklagten als Schuldindiz zu vermerken, dass er vor drei Jahren einmal mit einer Prostituierten gesehen worden ist, so ist es ein Unding, zu den Momenten, die für eine Schuldlosigkeit sprechen, auch fliessenden Stil und Lebhaftigkeit des Geistes zu zählen. Halsmanns Briefe haben man-

cherlei Vorzüge und lassen erkennen,dass ihr Autor ein an vielen Kulturdingen leidenschaftlich interessierter Mensch ist. Es ist recht wohl möglich,dass ihm seine Intellektualität bei den Zillerthaler Geschworenen geschadet hat. Diese Intellektualität beweist wahrhaftig nichts gegen ihn. Aber sie beweist in der Schuldfrage auch nichts für ihn.

Die Sache hat eine prinzipielle Bedeutung. Die Publikation solcher Briefe bedeutet eine Vergewaltigung des Lesers. Es ist ganz unmöglich,an die Liebesbriefe eines Gefangenen einen literarischen Masstab zu legen.Aber es ist auch unmöglich,zu sagen,dass Halsmanns Briefe (etwa wie die Gefängnisbriefe der Rosa Luxemburg) irgendwelchen Eigenwert besässen und,losgelöst von dem Hintergrunde des Falles, eine publizistische Existenzberechtigung hätten oder eine bereits vorhandene geistige Leistung ergänzen oder abrunden hülfen. Was also sollen uns diese Briefe? Es ist auch nichts mit dem "menschlichen Einblick". In Briefe,von denen man weiss,dass die Gefängnisverwaltung sie zensiert,legt man nicht seine tiefste Seele, seine letzten Offenbarungen. Der Fall Dreyfus war ein unerhörter Fall - und es machte dabei gar nichts aus,dass die Person des Hauptmanns Dreyfus unbeträchtlich und wenig sympathisch war. Der Fall Halsmann ist - in einigem Abstand - gleichfalls ein unerhörter Fall. Für seine Problematik spielt es jedoch gar keine Rolle, dass Halsmann dem Leser seiner Briefe möglicherweise sympathisch erscheint. Die Methode, den letzten Waschzettel aus der Kommode des plötzlich berühmt oder berüchtigt Gewordenen herauszukramen, ist aus Amerika herübergeholt. Es ist peinlich,er erleben,wie für das Opfer an Scheu, das die Freigabe einer durchaus privaten Korrespondenz bedeutet, keinerlei Aequivalent eingetauscht wird.

Hans Bauer.

SPD. Der Laubenvogel.x Ein seltsamer Vogel ist der australische Laubenvogel, der sich "zur Produktion seiner Liebespantomimen" . wie ein Gelehrter es bezeichnet - kleine Lauben baut. In diesen Lauben unterhalten sich beide Geschlechter und "machen einander den Hof". Die Lauben werden in der Hauptsache von den Männchen erbaut. Sie sind reich geschmückt mit Federn,Muschelschalen, Knochen und Blättern. Wenn das Männchen dem Weibchen eine Zeitlang nachgestellt hat, so holt es irgend ein möglichst buntes Stück aus der Laube und stösst zugleich einen Lockton aus. Eine Art dieser Tiergattung,der Atlasvogel,sammelt vor allem buntgefärbte Gegenstände, Papageienfedern und Aehnliche Die Vögel spielen mit diesen bunten Gegenständen,schleppen sie umher und holen sie oft von weit her. Diese Spielliebe der Tiere erinnert an die Schmucklieb e ganz primitiver Urvölker der Frühzeit.

SPD. Globetrotter=Latein.x "Als ich in Sibirien war, überfielen uns Wölfe."

"Hu!"

"Ja. Nachts im Lager. Ganz nahe kamen sie heran. Ich erwachte zu spät. Zwei Wölfe beschnüffelten mein Gesicht. Ich sah die rollenden Augen und spürte den heissen gierigen Atem".

"Wie entsetzlich!"

"Ja. Es war ein wahres Glück, dass die Biester ihre Maulkörbe anhatten..."